

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 86/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 126.

Dienstag, den 2. Juni 1896

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Ein Anschlag gegen das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiterklasse.

Die Blüthe des deutschen Unternehmertums ist die Organisation der Buchdruckereibesitzer. Seit dreißig Jahren hat sie sich in heißen Kämpfen mit der Gehilfenschaft gemessen, deren Gewerkschaft ihr oft schon viele Pein bereitet.

Jetzt planen die Kapitalisten des Buchdruckgewerbes einen gefährlichen Schlag gegen die Vereinigung der deutschen Buchdruckergehilfen, der nicht bloß diese treffen, sondern der gesammten Arbeiterschaft Fesseln anlegen soll.

Dieses Projekt ist von langer Hand vorbereitet, und der Segen der Regierung hat ihm nicht gefehlt. Mit dem Minister für Sozialpolitik, dem preussischen Handelsminister v. Berlepsch, ist der Feldzug verabredet, die ganze Taktik vereinbart worden.

Haben die Herren Glück, so wird wohl Herr v. Berlepsch im Reichstag erscheinen, um sein neues gesetzgeberisches Programm der „Klassenversöhnung“ und des „sozialen Friedens“ vorzulegen, sicher des Beifalls der nicht uneingeweihten bürgerlichen Fraktionen. Der Nationalliberalismus, zu dessen Fierden die Führer des Buchdruckkapitals gehören, ist sicherlich unterrichtet, und auch Herr Bachem, der Besitzer der „Nürnischen Volkszeitung“, hat schon die kommende Herrlichkeit prophetisch verkündet.

Was geht vor?

In tiefster Seele verhaßt ist den Unternehmern die letzte und stärkste Waffe des werththätigen Volkes im wirtschaftlichen Kampfe, der Ausstand. Ihn fürchten sie, seine Wirkungen haben sie mehr als einmal erfahren, und der erzieherische Einfluß des disciplinirten Streiks auf das Klassenbewußtsein der Arbeiter in den Freuden der den Profit erhaltenden „Harmonie“ ein Schauer und Grauel.

Eine Hauptaufgabe der Plusmacherpolitik ist stets die systematische Lähmung der modernen Gewerkschaftsthätigkeit.

Welches Mittel bot sich der siebengeheiten Pfliffigkeit der Kluthardt, Baensch, Ramm, Büxenstein und Konforten?

Das Koalitionsrecht nach Stumm'scher Vorschrift aus der Welt zu schaffen und mit einem Federstriche die heutige soziale Bewegung zu kassieren, geht nicht an. Das Proletariat ist eben doch ein Machtfaktor, mit dem gerechnet werden muß.

Run, so versuche man es auf dem staatsmännischen Wege der Ueberlistung! Man schaffe einen Apparat, dessen Firnis von Arbeiterfreundlichkeit glänzt, dessen Schrauben und Winden aber den letzten Rest der Selbstständigkeit, der raschen Aktionskraft und Schlagfertigkeit der Arbeiter erdrücken.

Diese Retter aus schwerer Noth sind die vielgepriesenen Einigungsämter, die sammt dem übrigen Brimborium der gemeinschaftlichen Lohnfestsetzung Herr Baensch, jetzt Vorsitzender der Leipziger Buchdruckerinnung und stellvertretender Vorsitzender der deutschen Unternehmerorganisation, schon 1889 auf der Generalversammlung des deutschen Buchdrucker (Prinzipal-) Vereins lebhaft empfohlen hat. Die Vorschläge jener Zeit sind der Keim für die kommenden Pläne, mit denen Herr von Berlepsch und seine Hintermänner sich ein neues Lorbeerblatt in ihren Ruhmeskranz flechten wollen.

Der Antrag Baensch forderte:

Der D. B. V. ersucht im Hinblick auf die weitere Kräftigung des sozialen Friedens die Reichsregierung, mit thätigster Beschleunigung ein Gesetz auszuarbeiten, welches die jetzigen Gewerbe-Schiedsgerichte in berufsgenossenschaftliche Schiedsgerichte und Einigungsämter für gewerbliche Streitigkeiten, Lohnfestsetzungen u. s. w. mit gesetzlicher Exekutive verwandelt, im ferneren die Urheber einer Massenreinstellung der Arbeit oder Massenentlassung von Arbeitern zum Zweck günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen bestraft, sofern die ordnungsgemäße Vermittelung der berufsgenossenschaftlichen Schiedsgerichte nicht angerufen oder die dabei festgesetzte Kündigungsfrist nicht eingehalten worden ist.

Alles Spätere ist nur noch Verzierung, Schnörkelwerk und ein geiziges Mittel, um die weniger Einsichtigen zu blenden.

Was bezwecken diese Einigungsämter? Sie liefern

die um Verbesserung ihrer Lage kämpfenden, organisierten Arbeiter auf Gnade und Ungnade dem wirtschaftlich und gesetzlich bevorrechteten Unternehmertum aus, indem sie jeden raschen Entschluß, jedes durchgreifende Vorgehen verhindern, die Kapitalisten in den Stand setzen, in aller Ruhe ihre Verteidigungsmaßnahmen zu treffen und jeden Angriff der Arbeiter wohlgerüstet abzuschlagen.

So hofft man die Arbeiter in ihrer Organisation und Agitation zu paralyzieren, sie wehrlos zu machen.

Diese Absicht versteckt sich hinter der schön gemalten Coullisse der Sozialreform von oben, die von einem „gemeinsamen Zusammenarbeiten“ der Unternehmer und der Arbeiter spricht, in Wirklichkeit aber die Unterordnung der Arbeiter unter die Unternehmer bezweckt. In den ökonomischen Auseinandersetzungen stehen sich die Interessen der Arbeiter und der Kapitalisten schroff gegenüber, und dieser grundsätzliche Gegensatz kann durch die Redensarten vom „Hand in Hand gehen“, deren Nichtigkeit die Thatfachen des Klassenkampfes jeden Augenblick beweisen, nie und nimmer verwischt werden.

Wie sollen zwei so wesensungleiche Gruppen zu einer Einheit verschmolzen werden, da doch gerade ihr Lebensprinzip der Konflikt untereinander, der Konflikt zwischen Unternehmervorteil und Arbeitskraft ist? Das ökonomische, politische und gesellschaftliche Uebergewicht des Unternehmertums, das alle Machtmittel in der Hand hat, hinter dem Staat und Parlament stehen, würde in einer solchen „Gemeinschaft“ die bereits heute bestehende Abhängigkeit des Arbeiters zu einer wahren Hörigkeit steigern.

Die Arbeiter in diesen Einigungsämtern sanken zu kläglichen Statisten herab, die nichts wären, als Schatten, ohne Nutzen für die Arbeiterschaft, ein Schaden für den sozialen Fortschritt.

Ohne Mandat, ohne das Einverständnis, ja gegen den Willen der deutschen Buchdruckergehilfenschaft haben, wie wir als selbstverständlich annehmen, ohne sich der Konsequenzen bewußt zu sein, die nach Berlin zu den Tarifverhandlungen vom 15. bis 19. Mai ds. Js. entsandten Vertreter der Arbeiter sich grundsätzlich auf den Boden dieses Systems der Harmonie und der Einigungsämter gestellt. Sie haben so dem Buchdruckkapital und dem Herrn von Berlepsch vorläufig zu einem Erfolge verholfen.

Die Wiederauferstehung der Tarifgemeinschaft ist um so erstaunlicher, als der gewaltige Buchdruckerstand von 1891 gescheitert ist gerade dank der Tarifgemeinschaft, die durch ihre Kündigungsfristen und die überlieferte Vertrauensseligkeit gegenüber der „Einsicht“ und dem „Wohlwollen“ der Prinzipale dem Streik die Lebensader unterbunden hat.

Sind denn die Lehren dieses Streiks umsonst gewesen, hat das mit der Polizei verbündete Unternehmertum nicht gezeigt, wie es erst vorgehen wird, wenn sich die Gehilfenschaft ihm auf Grund der Berliner Abmachungen mit Haut und Haaren übergiebt?

Haben sich die Gehilfen erst einmal gebunden, dann steht das Buchdruckerkapital, ein moderner Schloß, auf seinem Schein und hält mit eiserner Faust die einmal erkaufte Beute fest.

Denn die Sozialpolitiker am grünen Tisch werden jetzt dieses Paradestück zur Schau vorführen und das Muster der üblichen Unterwerfung der Buchdruckergehilfenschaft unter das Joch der Kluthardt, Baensch, Büxenstein und Ramm als den Anfang einer neuen Ära der Lohnpolitik feiern.

Hier soll der Hebel angelegt werden, um an Stelle der heutigen Lohnbewegung eine Einrichtung zu setzen, die mit der Koalitionsfreiheit aufräumt und dafür den Zwang gesetzlicher Reglements giebt, die den Entschlieungen der Arbeiterschaft Raum und Jügel anlegen zu Ruß und Frommen des Kapitals.

Gegen diesen Plan, dessen Grundlinien wir auf Grund authentischen Materials, das in einer soeben erschienenen Druckschrift: Die neue Tarifgemeinschaft der Buchdrucker, ein nationalliberal-gouvernementales Kuckucksei, zusammengestellt ist, gezeichnet haben, muß und wird nicht bloß die Gehilfenschaft der Buchdrucker, in der sich schon auf das Mächtigste der Widerstand gegen diese Abmachungen regt, sondern die gesammte deutsche Arbeiterschaft Einspruch erheben.

Wenn die Berliner Abmachungen in Kraft treten, so acten sie auf fünf Jahre. Bis zum Jahre 1901 wäre die Gehilfenschaft dann festgelegt und in ihrer Energie

auf das äußerste eingeschränkt. Soll sie sich mit gebundenen Händen übergeben? Wozu dann überhaupt der Gewerksverein?

Hier das Selbstbestimmungsrecht mit Nägeln und Nähen zu verteidigen und die Berliner Abmachungen abzulehnen, ist unseres Erachtens die Ehrenpflicht der Buchdruckergehilfenschaft.

Keine Bevormundung, sondern Freiheit der Koalition!
(„Leipz. Volksztg.“)

Prozeß Schöler.

Am Freitag begann vor der Strafkammer I in Hannover ein Aufsehen erregender Prozeß. Die Anklage lautete auf Beledigung des preussischen Offiziercorps in seiner Gesamtheit sowie des Kriegsministers und einiger besonders namhaft gemachter Offiziere. Angeklagt war in erster Linie der der freisinnigen Volkspartei angehörende Redakteur Hermann Schöler, früher in Hannover, jetzt in Lüneburg. Die Schicksale Schölers während seiner militärischen Dienstzeit (1889/92) haben bekanntlich in der letzten Reichstagsession bei der Berathung des Militäretats zu sehr lebhaften Debatten Veranlassung gegeben.

Im Jahre 1895 veröffentlichte der damals in Hannover lebende Redakteur Schöler zwei Broschüren, die im Verlage des Buchhändlers R. Luz (Stuttgart) erschienen und den Titel trugen: „Militärische Schreckensbilder in Friedenszeiten“, 1. Theil: „Zwei Jahre Infanterist“, 2. Theil: „Ein Jahr Arbeitsoldat“.

Schöler war im Herbst 1889 zur Ableistung seiner dreijährigen Dienstzeit beim zweiten hannoverschen Inf.-Reg. 77 (Celle) eingestellt. Schon bevor er dort eintraf, war er dem Regiment in durchaus unrichtiger Weise als ein eifriges Mitglied der Sozialdemokratie verdächtig worden. In Folge dessen wurde er auf höheren Befehl fortgesetzt in seinem ganzen Thun und Lassen durch Unteroffiziere beobachtet, wiederholt demunziert und disziplinarisch bestraft. Schöler, ein energischer Charakter, betrat jedesmal den Weg der Beschwerde und führte die letztere durch bis zur höchsten Instanz, sobald er sich ungerecht bestraft glaubte. In einem Falle beschwerte sich Sch. über seinen kommandirenden General, den jetzigen Kriegsminister, beim Kaiser. Diese Beschwerden blieben durchweg erfolglos und brachten dem Schöler sogar eine ganze Reihe fortgesetzt verschärfter Strafen wegen „unbegründeter Beschwerdeführung“ ein. Einmal wurde Schöler beim Strafexerzieren von einer Ohnmacht befallen. Er wurde ins Bett geschickt und am folgenden Tage in Untersuchungsarrest abgeführt, da angenommen wurde, daß er sich verstellte habe. Die gegen ihn eingeleitete kriegsgerichtliche Untersuchung „wegen Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft“ wurde jedoch eingestellt, trotzdem wurde Schöler wegen dieses Vorfalls disziplinarisch mit 14 Tagen strengen Arrests bestraft und nach Verbüßung dieser Strafe auf Verfügung des kommandirenden Generals Bronsart v. Schellendorf, des jetzigen Kriegsministers, der Arbeiterabtheilung in Magdeburg überwiesen. Von hier kam er zur Arbeiterabtheilung nach Königsberg und blieb dort bis zu seiner Entlassung aus dem Militärverhältnis.

In den dann später von Schöler herausgegebenen erwähnten Broschüren schildert er seine Erlebnisse beim Militär, und die Darstellungsweise ist scharf satirisch gehalten, besonders in dem unter Anklage gestellten zweiten Theil „Ein Jahr Arbeitsoldat“, während im ersten Theil, der nicht von der Anklage verfolgt ist, manchmal ein gesunder Humor zum Durchbruch kommt. Schöler schildert also im zweiten Theile seine Erlebnisse in der Arbeiterabtheilung unter Bezugnahme auf die Dienstvorschriften. Bei dieser Gelegenheit werden nun verschiedene Persönlichkeiten besonders scharf von ihm angefaßt, in erster Linie der Kommandeur der Abtheilung, Hauptmann Moll.

In der Anklage spielen eine wesentliche Rolle Bemerkungen über den derzeitigen Inspekteur der militärischen Strafanstalten, den damaligen Oberst, jetzigen Generalmajor und Brigadefeldkommandeur v. Zimicki (Königsberg). Schöler behauptet von ihm u. A., durch Ablehnung eines Gesuches zur Einreichung einer Beschwerde von ihm direkt provoziert worden zu sein, und zwar um ihn dann wieder 14 Tage strengen Arrest zudiktieren zu können. Der genannte Offizier wird in der Broschüre gelegentlich mit

einigen Weinamen belegt, die nach der Auflage beleidigender Natur sein sollen.

Bemerkenswerth ist ferner eine in der Broschüre enthaltene Aeußerung des Verfassers über angebliche Unregelmäßigkeiten in der Menagervwaltung. Bei festgesetzter Gelegenheit soll ein Defizit von 160 Mark in der Kasse vorhanden gewesen sein, und die Folge davon, daß die Befestigung der Leute noch schlechter gestaltet wurde als bisher, während Schüler die Ansicht vertrat, daß gerade damals ein bedeutender Ueberschuß hätte vorhanden sein müssen.

Die Auflage behauptet, daß Schüler in der Absicht, beleidigen zu wollen, an seine Arbeit herangegangen sei. Die Auflage beruft sich darauf, daß Schüler in der Vorrede selbst gesagt habe: „Nun aber spreche ich es gefaßt aus, daß es allerdings meine Absicht ist, die militärischen Einrichtungen, die ein Hohn sind auf dem demokratischen Grundsatze der sozialen Gleichheit, der allgemeinen Dienstpflicht, auch unsere konstitutionelle Staatsform verächtlich zu machen, damit der Unwille und die Unzufriedenheit der Bevölkerungsklassen geweckt und im Wege der Gesetzgebung eine Besserung der morischen und faulen Einrichtungen herbeigeführt werde.“ Nach Ansicht der Auflagebehörde hat aber Schüler diese seine in vorstehenden Worten gekennzeichnete Absicht weniger dadurch bekundet, daß er die in Frage kommenden militärischen Einrichtungen sachlich erörterte, sondern er habe es vorgezogen, die einzelnen militärischen Vorgesetzten, welche mit ihm als Arbeitssoldaten in Berührung gekommen seien, und die sich veranlaßt gefühlt hätten, gegen ihn militärische Zuchtmittel zur Anwendung zu bringen, persönlich anzugreifen, um an ihnen Vergeltung zu üben. Zuerst war Schüler auch wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen in der Auflage verurteilt. Es war ihm zur Last gelegt, ganze Erzählungen erdichtet zu haben. Nachdem aber eine große Anzahl von Personen eidlich vernommen waren, die, wie auch die Anklageschrift sagt, die Behauptung Schülers zum großen Theil bestätigt hatten, ist die Auflage auf verleumderische Beleidigung in diesem Falle auf einfache Beleidigung gerichtet worden.

Schüler war also beschuldigt, den Hauptmann Moll (früher in Magdeburg), den Premierlieutenant v. d. Gröben (früher in Königsberg, gegenwärtig in Augsburg), den Generalmajor v. Zimisch (Königsberg), den Oberstlieutenant v. Hoques (seinerzeit Inspekteur der militärischen Strafanstalten), den Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff, den Offizierstand in seiner Gesamtheit beleidigt zu haben und in Beziehung auf dieselbe Thatsachen behauptet zu haben, welche dieselben in der öffentlichen Meinung verächtlich zu machen geeignet seien, und zwar Thatsachen, welche nicht erweislich wahr seien. Verlagsbuchhändler Luz (Stuttgart) ist angeklagt, zur strafbaren Handlung durch Rath und That wesentlich Hilfe geleistet zu haben, indem er die Broschüre verlegte und verbreitete.

Als Zeugen waren die genannten Offiziere mit Ausnahme des Kriegsministers geladen. Außerdem waren auf Antrag der Vertheidigung viele Zeugen geladen, die theilweise darcinst in militärischen Straftheilungen gewesen sind.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Zuckersteuergesetz. Dieses tritt bezüglich der Vorschriften über die erstmalige Kontingenztirung der Fabriken, sowie über Eingangszölle und Zuckersteuer mit dem Verkündungstage, im Uebrigen mit dem 1. August 1896 in Kraft. — Außerdem giebt der „Reichsanz.“ das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, sowie das Gesetz über den Abgabentarif für den Nord-Ostsee-Kanal bekannt.

„Die Armee fragt!“ Die „Köln. Ztg.“ hatte über die Vorzüge der zweijährigen Dienstzeit geschrieben:

„Diese Vorzüge sind dem Volke derart geläufig geworden, daß wir die Regierung sehen möchten, welche die Rückkehr zur ehemals gänzlich durchlöchernten dreijährigen Dienstzeit wollen könnte! Das ist ganz ausgeschlossen. Und wer keinen in seinen Konsequenzen für die innere und äußere Politik zu übersehenden Konflikt zwischen Regierung und Volk herbeiziehen will, sollte nicht auf ein Ziel lossteuern, das niemals mehr zu erreichen ist.“

Das Volk existirt natürlich nicht für die „Kreuzzeitung“. Ja, zur Ableitung der Dienstpflicht, dazu ist das Volk da; zum Steuerzahlen und zum Beschenken der Agrarier — aber ganz davon abgesehen schreibt die „Kreuzzeitung“:

„Die Armee fragt hier unwillkürlich: Wer ist das Volk? „Gevatter Schneider und Handschuhmacher?“ Die haben doch Alle kein Urtheil in einer rein militärischen Angelegenheit.“

Natürlich! Das „dumme Volk“ hat keine Ahnung! „Die Armee fragt“, und „die Armee sagt“: Gevatter Schneider und Handschuhmacher sollen schweigen! Mit Verlaub, die Armee fragt nicht, und die Armee sagt nichts. Es fragt und spricht nur die kleine aber dreiste Militärpartei, zu deren Organ sich die „Kreuzzeitung“ macht. Und aus diesem Blatte mit dem eisernen Kreuz an der ehernen Stirn spricht der ganze herausfordernde Uebermuth des Junkerthums, das schon im vorigen Jahrhundert für das „dumme Volk“ den Satz aufstellte: Soldat werden, Maul halten und bezahlen! Es ist weit gekommen, daß solche Anschauungen wieder mit frecher Stirn offen verkündet werden dürfen.

„Das v. Tiele-Winkler'sche Bergregal und die Freiheit der Meinungsäußerung.“ Unter dieser Ueberschrift bespricht die neueste Nummer der „Nation“ den Versuch

des „Reichsanzeigers“, die Ausführungen ihres früheren Aufjages „Der Fall Zastrow und das Unglück in der Kleophas-Grube“ zu entkräften. Der „Reichsanzeiger“ hatte dem Aufsatz „eine große Zahl von Unrichtigkeiten und falschen Schlussfolgerungen“ vorgeworfen. Die „Nation“ prüft diese Vorwürfe und führt Punkt für Punkt den Nachweis, daß sie durchweg unbegründet sind. Vor Allem ist es wahr, ja sogar vom „Reichsanzeiger“ eingestanden, daß in dem v. Tiele-Winkler'schen Realbezirk, in welchem sich das Unglück in der Kleophas-Grube zugetragen hat, ein königlicher Aufsichtsbeamter nicht bestanden hat. Und direkt wird durch die Worte des „Reichsanzeigers“ auch die Behauptung erhärtet, daß die Ueberlassung der gesamten lokalen Bergwerksaufsicht an einen Privatbeamten thatsächlich gegen das Reichsgesetz erfolgt ist. Ueber zwei der wichtigsten Punkte hat der „Reichsanzeiger“ geschwiegen: nämlich über den Versuch, Herrn Dr. Zastrow einen Widerruf gegen seine Ueberzeugung abzurufen, und andererseits über das befremdliche Fallenlassen des Preßprozesses, der in dieser Angelegenheit begonnen, aber nicht zu Ende geführt war. Dem Versuch, die Kritik des v. Tiele-Winkler'schen Bergwerksregals wegen der verwandtschaftlichen Beziehungen des Handelsministers v. Berlepsch als persönliche Gehässigkeit hinzustellen und nach Möglichkeit zu unterdrücken, legt die „Nation“ eine über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung bei und knüpft daran folgende Bemerkungen:

„Wir sind der Meinung, daß im Zeitalter der Liebesgabenpolitik und der Bevorzugung einzelner Interessentengruppen diese Kritik doppelt notwendig ist. Die Ausübung des Arbeiterrechtes durch das Organ einer bergbautreibenden Familie nimmt sich sehr verschieden aus, je nachdem man es von dem Standpunkte derartiger Familien oder vom Standpunkte des Arbeiters betrachtet, der seine Knochen zu Markte trägt. Jene möge sagen, man solle mit der Aenderung warten, bis man nachweisen könne, daß die private Polizei ein Unglück verschuldet habe; diese werden mit dem Zudecken des Brunnens schwerlich warten wollen, bis das Kind hineingefallen ist. Ebenso nimmt sich ganz gewiß die Branntwein- und die Zuckerprämie entschieden aus vom Standpunkte der Familien, die ihre Vortheile genießen, und vom Standpunkte derer, die unter ihnen leiden. Ob es sich aber um Liebesgaben oder Steuerprivilegien, um alte Feudalrechte oder um Bergwerksregale handelt, es ist immer derselbe kleine Kreis von Familien, der sie genießt.“

Daher die frampfhafte Anstrengungen, um jeden, der über diese Familienbeziehungen spricht, er mag noch so korrekt verfahren, als einen Menschen ohne Zartheit hinzustellen.

Die Familien, für welche die heutige Interessenpolitik betrieben wird, sind dieselben, aus denen die konservativen Mandate und die hohen Staatsämter besetzt werden. Zastrow's Buch „Sozialliberal“ hat an einem einzelnen Beispiel gezeigt, wie die verwandtschaftlichen Beziehungen des Handelsministers v. Berlepsch zu der Familie v. Tiele-Winkler zu Situationen führten, die nur wahrheitsgemäß erzählt zu werden brauchen, um Jedem die Unhaltbarkeit der Situation vor Augen zu führen. Es wäre gar kein übler Gedanke, zur Sicherung der heutigen Oligarchie den Grundsatze aufzustellen, daß jede derartige Schilderung eine Beleidigung der Person enthalte, und es auf diese Art unmöglich zu machen, die Interessenpolitik an einzelnen Beispielen zu bekämpfen. Der Kammergerichtspräsident Drenkmann hat kürzlich die Familie des preussischen Staates sozusagen in zwei Klassen getheilt: in „gute Familien“, aus denen er in erster Linie die Richterämter besetzt zu sehen wünscht, und, wie man logischer Weise hinzudenken muß, in den großen Rest schlechter Familien. Bei einer solchen Eintheilung würden die guten Familien die sein, welche die Liebesgaben empfangen, die andern die, welche sie aufbringen. Es fehlte eben noch, daß den guten Familien auch der Besitz des Richteramts garantiert würde, damit sie jede Anfechtung einer einseitigen Wirtschaftspolitik allgemein als persönlich Beleidigung verurtheilen.“

Einem pommer'schen Amtsgenossen des Pastors Raub, dem Pastors Zaspis in Buchholz, werden in der „Stett. Abendzeitung“ ebenfalls sehr ehrenwürdige Dinge nachgesagt. Im Anschluß an die Mittheilung, daß Pastor Zaspis auf die Rechte des geistlichen Standes verzichtet habe, wird mitgetheilt, der genannte Geistliche, ein enorm reicher Mann, sei geizig gewesen „bis zur Eier eines Wucherers“. „Es war ihm mit seinen pastoralen und menschlichen Pflichten vereinbar, bei Hochzeits-Tribüden, zu denen das übliche Kaiser Geschenk (30 Mark) gespendet wurde, 1 Mark 50 Pfennige abzuziehen, als Vergütung für eine von ihm abgeblüht gemachte Reise; er hielt es für seines Amtes würdig, hundertfach und pfennigweise sich an seinen Seelbefohlenen bei jeder sonstigen Gelegenheit zu bereichern und er nutzte seinen Mammon dazu aus, seinen Amtsbrüdern mit Darlehen gegen Wucherzinsen unter die Arme zu greifen. Endlich ward das Treiben zu bunt und man veranlaßte ihn — just wie den Pastor Raub — „auf die Rechte des geistlichen Standes zu verzichten“. An Ort und Stelle seines Wirkens war Zaspis längst nach Gebühr beliebt. So erzählt man, daß ihm einst auf einer nächtlichen Amtsfahrt über schlechte Wege das Rad brach. Der Kutscher bat vorüberkommende Buchholzer um Hülfe und diese traten bereitwilligst an, das Rad zu flicken. Da just steckte Zaspis den Kopf heraus, ein Bauer erkannte im Laternenlicht den Seelsorger des Orts und sprach zu ihm: „Ach, Sü find't Herr Pastor, na, denn abjüs ud.“ Damit verschwanden die enthusiastische Weichkinder im nächtlichen Dunkel. Herr Zaspis ist natürlich auch eine hervorragende Stütze von Religion, Sitte und Ordnung gewesen.“

Für eine schnelle Erledigung des Bürgerlichen Gesetzbuches ist nach Auslassungen der „Kreuzzeitung“ auch die konservative Partei bereit, einzutreten. Das Blatt gesteht offen ein, daß man die Kritik fürchtet; es meint:

„Eine Gefährdung des Gesetzeswerkes würde schon in der Verschiebung seiner Verabreichung bis zur nächsten Reichstagsession liegen. Daß der Entwurf auch in seiner neuesten Gestalt und den von der Reichstagskommission vorgenommenen Aenderungen nicht alle laut gewordenen Wünsche befriedigen kann, liegt auf der Hand. Würde aber die Kritik in derselben Weise, wie sie dem Entwurfe gegenüber vorgegangen ist, auch die Kommission beschlüsse behandeln, so würde man voraussichtlich im Herbst sehen, daß die bisherige mühevollen Arbeit der Kommission so nicht vergeblich gethan war; alle in dieser Session von derselben erledigten Streitpunkte von einiger Tragweite würden auf's Neue in's Ungewisse gestellt, und das Ende wäre dann wirklich nicht abzusehen.“

Diesen Grund für die schnelle Erledigung können wir selbstverständlich nicht gelten lassen. Wir sind für die umfassendste und eingehendste Kritik. Ihren Einfluß ein Werk von solcher Bedeutung wie das Bürgerliche Gesetzbuch entziehen zu wollen, ist ein verhängnißvoll Unrecht.

Auch der nationalliberale „Hannoverscher Courrier“ ist von seinem früheren Standpunkte, die Erledigung noch bis zum Herbst zu verschieben, jetzt ganz zurückgekommen. Er schreibt:

„Wir meinen einer als baldigen Sicherung des Bestandes des Bürgerlichen Gesetzbuches so große Wichtigkeit bei, wir hatten dazu Selbstüberwindung aller Parteien in einem derart zerstückelten Reichstag, wie der gegenwärtige, für so unentbehrlich, daß wir uns enthalten zu sagen diese oder jene Aenderung des Entwurfs oder der Kommissionfassung muß als Bedingung des Zustandekommens erachtet werden. So, wie die Kommissions-Beschlüsse vorliegen, werden sie allerdings theilweise unverändert Gesetz werden. Wir halten Entgegenkommen betreffs der Streitpunkte, wie Einlegung aller Kräfte im Lufe des früheren Abschlusses der Arbeit für eine ernste nationale Pflicht der Regierung und aller Parteien, welche die Bedeutung eines gemeinsamen Bürgerlichen Gesetzbuches für Deutschland würdigen. Aber der letzte Entschluß muß selbstverständlich von der Fassung abhängen, den die streitigen Punkte des Entwurfs in den Schlussverhandlungen erhalten werden.“

Wir werden ja sehen, wie weit speziell die nationalliberale Partei Selbstüberwindung zu üben im Stande ist. Und was den „letzten Entschluß“ anbelangt, so erklärt die ultramontane „Köln. Volks-Ztg.“: „Das Centrum werde diesen Entschluß von der schließlichen Fassung der streitigen Punkte abhängig machen.“

Der sozialdemokratische Stimmenzuwachs im Wahlkreise Ruppiner-Tempelin gewinnt, wie eine Zuschrift an den „Vorwärts“ aus dem Wahlkreise betont, erst die rechte Bedeutung, wenn man in Betracht zieht, unter welchen erschwerten Umständen der Wahlkampf geführt wurde. Während noch bei der letzten Wahl und bis jetzt die Parteischattirungen scharf abgegrenzt waren — konservativ, freisinnig und sozialdemokratisch — schneite ganz unverhofft die antisemitische Partei in den Kreis herein. Das Liebaugen mit dem Sozialismus, die vielen Versprechungen, welche ihr Programm aufweist, um den Mittelstand zu heben und Vieles mehr, haben ihr die 2000 Stimmen gebracht; zugleich ein Beweis, daß die Lage der wirtschaftlich Schwachen eine immer trauriger wird und das Volk zur Einsicht kommt, daß der jetzige Zustand ein unhaltbarer geworden ist. Aber überwiegend Bauernstimmen sind das nicht. Gut die Hälfte ihrer Stimmen rühren von Handelsleuten, Kleingewerbetreibenden und Handwerksmeistern her — aus 11 größeren Orten 911 Stimmen —. Was will das aber sagen, in einem ländlichen Kreis von 267 Ortschaften. — Das muß man ihnen nachsagen, sie haben nichts unversucht gelassen, um sich hier einzunisten. Sie zogen von Dorf zu Dorf und hielten Versammlungen ab; es war ihnen ein Leichtes, Lokale zu bekommen und wurde ihnen gegenüber auch nicht so streng verfahren, wie das uns gegenüber üblich ist. Was haben nun die Antisemiten erreicht? So gut wie nichts. Sie haben uns einen guten Dienst erwiesen, wie wir es nicht hätten bewerkstelligen können. Sie haben den Wählern ihre traurige Lage vorgestellt in der sie untergehen müssen, wenn nicht zeitgemäße Reformen eintreten. Sie haben den Leuten viele Versprechungen gemacht, und wer dem Ertrinken nahe ist, klammert er sich nicht an jeden Strohalm? Uns haben sie nicht eine Stimme genommen; wiederum ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie festen Fuß gefaßt hat wie keine andere Partei. Sie haben mit uns das Volk aufgeklärt und der Erfolg für uns wird schon bei der nächsten Wahl stark zu Tage treten.

Nachdem der von Seiten der Konservativen geübte Druck auf die Wähler geschildert, schreibt der Korrespondent weiter:

„Wenn trotzdem unsere Partei einen Fortschritt zu verzeichnen hat, so läßt sich erst der wahre Werth bemessen, wenn noch in Betracht gezogen wird, daß statt der bisherigen zwei Parteien uns diesmal drei Parteien gegenüberstanden, die alle ohne Ausnahme uns in ihren Versammlungen und Flugblättern als Vaterlandsverräther und Verleumder u. A. m. bezeichneten. Auch der Wahltermin war ein ungünstiger für uns; zwei Tage vor den Feiertagen, wo ein Jeder vollauf zu thun hat und nicht gerne eine Einkünfte am Lohn erleidet. Hunderte von Arbeitern, die in Berlin arbeiten, konnten nicht wählen gehen, ohne sich einen Schaden von circa 8 Mk. zuzufügen, zumal in der Feiertagswoche ihnen abermals ein Tag verloren ging. Auch viele Schiffer blieben der Wahl fern, weil sie auf Reifen waren und die Wahl ihnen bedeutende Kosten auferlegt hätte. Viele Landarbeiter erklärten, lieber nicht wählen zu gehen, als Herrn von Arnim die Stimme zu geben. Wenn nun noch in Betracht kommt, daß unsere Presse und Organisationen leider noch schwach in diesem Kreise sind — was auf die vielen Maßregelungen zurückzuführen ist — so ist unser Erfolg

bezu ein vorzüglicher zu nennen. Er giebt zu den Hoffnungen Anlaß. Diese Nachwahl kann sich den jetzt stattgefundenen für uns günstig ausgefallenen wählen würdig zur Seite stellen."

Aus einem frommen Lande. Die Berg- und Hüttenzeiterzeitung bringt in ihrer letzten Nummer ein Abbildungsbild aus der Feder unseres Genossen Hue, gegenwärtig in Oberschlesien, dem Lande der frommen Grafen und Grubenbesitzer, weil. In dem Brief heißt es:

Gestern waren wir in Pieskar, einem Doche unweit von Opatowitz. Stolz blickt hier ein berühmter Wallfahrtsort die Landschaft hinaus. Eine schöne Kirche wird dort auf und rund herum in kleinen Kapellen der den Gang Christus figürlich dargestellt. Jeder dieser Kapellen enthält einen Opferkasten, und von den Großen Arbeiter wurde hier Alles gebaut.

Uns kann es gleich sein, wo die Pfarrer von Pieskar Gelder herkommen. Es fragt sich nur, ob es schließlich gerechtfertigt ist, von einer so armen Bevölkerung Gelder anzunehmen zur Erbauung von Prachtfulen und Kapellen. Unweit des Wallfahrtsortes liegen reiche Galmesgruben, zum Teil dem Fürsten von Hohenlohe gehörig. Hier arbeiten die Männer unterirdisch 8 Stunden für 1,70 bis 2,30 Mk. Zahlreiche Frauen und Mädchen sind beschäftigt, das Erz zu waschen. Die Arbeit ist eine sehr schwere, dauert 12 Stunden (Stunde Pause) und die Frauen verdienen sage und schreibe 70 bis 85 Pfennige. Wie es bei solchen Löhnen an der Ernährung und Wohnung aussieht, kann sich der Leser selbst ausmalen.

Haben wir Unrecht, wenn wir es streng mißbilligen, daß man solche Armen noch zur Stärkung der sehr reichen Kirche heranzieht? Wenn einmal gesammelt werden soll, um für Errichtung von Waschanstalten, denn schmutzig und Roth bedeckt, entsteigen die Arbeiter der Tiefe und wandern dann ihren oft stundenlangen Weg nach Hause. Sie tragen einen alten Veteran der Arbeit, ob der Grubenbesitzer keine Badeanstalten einrichten würde. Mit dem Stock können wir was kriegen, aber keine Waschanstalt, so lautete die Antwort, die wohl überleben sein möchte, aber doch von dem Empfinden der Gerechtigkeit gah.

Im Gegensatz zu den elenden Hütten nimmt sich das städtliche Gebäude des Pieskarer Pfarrers ganz sonderlich an. Wir waren auch im Innern desselben. Die Kirche ist durch ihre gediegene Ausstattung, daß der Pfarrer in Pieskar zu leben versteht. Auch die übrigen Räume sind ganz behaglich ausgestattet.

Es fällt uns nun nicht ein, dem Pfarrer seine Lebensbedingungen zu vereiteln. Nein — wir wollen nur, daß das Loos der Arbeiter ein gerade so schlechtes sei, wie das ihres Seelsorgers. Wir wollen keine Verschlechterung der Bessergestellten, sondern eine Hebung der Armen. Und dies ist menschlich, ist christlich, entspricht der Kultur des 19. Jahrhunderts.

Aber nicht genug, daß der reiche Kirchenfiskus von den ärmsten der Armen noch Beiträge einkehrt, sogar die Arbeiter des Pieskarer Pfarrers erhalten für ihre Thätigkeit einen Jammerlohn! Frauen waren beschäftigt, den Garten von Pieskar zu planieren. Sie erhalten für ihre schwere Arbeit in der Sonnenhitze sage und schreibe 75 Pfennige für 11 Stunden Arbeit. Männer waren dabei, die Erhöhungen des Terrains mit Hacken und Schaufeln abzufertigen. Sie erhalten dafür pro 11 Stunden 1,65 Mark.

Sind das Löhne, deren Bezahlung nicht beschämend für die millionenreiche Kirche? Auch die Kirche ist kapitalistisch organisiert, das sieht man hier in Oberschlesien ganz besonders. Der „Krummstab“ ist hier gerade so unverträglich, wie das „gottlose Kapitel.“ Unter diesen Umständen wird es begreiflich, daß man bei einem Kampfe der Arbeiter gegen das Kapital die Kirche immer und immer auf der Seite der Unternehmer findet.

Frankreich.

Die französischen Sozialisten protestieren gegen die Kriecherei der Regierung und der Bourgeoisie vor dem Zaren. Die Parteileitung der Blanquisten faßte eine scharfe Resolution „gegen die skandalöse Beilegung der Regierung der französischen Republik an der Krönungsfeier des Selbstherrschers Rußlands.“ Zugleich tendet das revolutionäre Zentralkomitee „seinen Brudergruß dem russischen Proletariat, den edlen Opfern des zarischen Despotismus, und behauptet seine Solidarität mit den Tapferen, die in Rußland für die Sache der sozialen Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen.“ Ähnliche Protestresolutionen werden von den anderen sozialistischen Organisationen veröffentlicht. — Die Zarenfeier trug in Paris den Stempel einer offiziellen und großbürgerlichen Kundgebung. Das Pariser Volk blieb der Feier fern. In den Arbeitervierteln sah man auf den Privathäusern eine einzige Fahne. Der Gemeinderath enthielt sich ebenfalls jeder Kundgebung zu Ehren des Selbstherrschers aller Reußen. Die Illumination des Stadthauses wurde ausgeführt ohne Vorwissen des Stadtrathes, auf Befehl des Polizeipräsidenten. Dieser wird dafür nach Eröffnung der Session von den sozialistischen Gemeinderathmitgliedern zur Verantwortung gezogen werden.

Spanien.

Zur Lage in Kuba. Nach einem Geschäftsbrief aus der Havana vom Anfang d. Mts., den einzusehen die „Berl. Volksztg.“ Gelegenheit hatte, scheinen dort die Dinge für die Spanier noch weit verzweifelter zu stehen, als man bisher trotz der spanischen Sieges-Bulletins angenommen hat. Der Schreiber meint — so lesen wir in dem genannten Blatte — daß der bevorstehende Schluß der

Zigarrenfabriken — welcher wegen Mangels an Rohmaterial erfolgen müsse — das Signal zu einem Aufstand in der Stadt Havana selbst sein werde, auch wenn, was er nicht zu bezweifeln scheint, derselbe siegreich sein werde, so würde die einzige Schwierigkeit für den spanischen Generalissimus darin bestehen, die Einschiffung der Truppen zur Heimkehr ohne allzu große Verluste zu bewerkstelligen. Von besonderem Interesse ist aber folgende Bemerkung, welche der Brieffschreiber an seine Prophezeiung knüpft: „Was würde es aber der Regierung in Madrid nützen, wenn es ihr gelingt, den Aufstand niederzuschlagen? Die Perle der Antillen ist verwüstet, und für die nächsten Jahre ist auf keine Einnahme aus Steuern usw. usw. zu rechnen. Die Wiederherstellung geordneter Zustände, um unsere Plantagen wieder ertragsfähiger zu machen, würde Unsummen kosten und bis dahin ist auf keine Einnahme aus Steuern usw. zu rechnen! Sind nun die Finanzen Spaniens derart, um das aushalten zu können? Die beste Antwort auf diese Frage geben die Kurszettel der europäischen Börsen! Und jenseits der Straße von Florida stehen unsere „Brüder“, die Mantekes, und freuen sich über die Vernichtung unserer Tabakfabrik und berechnen schon jetzt, eine wie große Anleihe sie aufnehmen müssen, wenn ihnen die Insel in den Schoß fällt. Quien sabe! (Wer weiß!) Vielleicht verrechnen sie sich.“ Die letztere Bemerkung scheint anzudeuten, daß bei den Spaniern die Neigung zu einer Vereinigung mit den Vereinigten Staaten nicht so groß ist, als die Agitationskomitees in den Vereinigten Staaten zur Unterstützung der Aufständigen glauben machen wollen. Wahrscheinlich wollen die Spanier eine eigene, selbstständige Republik gründen, die sie ja, da sie natürlich durch das Schuldbuch aus der monarchischen Zeit einen dicken Strich machen würden unter ziemlich günstigen finanziellen Verhältnissen beginnen könnten. Uebrigens erklärt der Hinblick auf die Folgen einer Schließung der Zigarrenfabriken die Eile, mit welcher das Tabak-Exportverbot erlassen worden ist; wir glauben nur, daß es nichts helfen wird, denn es fehlt an Tabak, so daß auch ohne Verbot kaum etwas ausgeführt werden könnte.

Lübeck und Nachbargebiete.

1 Juni.

Sozialdemokratischer Verein. Um zu verhüten, daß keine Parteigenossen heute Abend vergehens zu Stehr gehen, sei bemerkt, daß die nächste Versammlung des Vereins erst heute über 8 Tage — 8. Juni — stattfindet.

Die Leitung der Lübecker Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft scheint Handel mit ihren Arbeitern suchen zu wollen. Schon mehrfach hatten wir in letzter Zeit die Arbeiter genannter Fabrik „scharf gemacht“, ein wachsameres Auge zu haben, weil die Fabrik versuche, fremde Arbeiter einzuführen. Jetzt wird uns abermals ein Vorfall berichtet, der unbedingt nur die eine Deutung zuläßt, daß die Fabrikleitung irgend etwas gegen die alte Arbeiterschaft plant. Sonnabend Abend nämlich kamen 6 jüngere Leute (Tischler) von Hamburg hier zugereist, die vom Arbeitsnachweis der Hamburger Metallindustrie auf dem Kraienkamp für die Aktienfabrik angeworben waren. Nicht allein, daß es hier in Lübeck noch genug Tischler giebt, welche gern arbeiten möchten, nein, die Fabrik hat den Fremden auch einen Lohn von 40 Pfennigen (Hamburger Lohn) versprochen, während sie ihren bereits eingearbeiteten Arbeitern nur 34 Pfennig pro Stunde zahlen kann. Es scheint demnach, als verdiene die Aktienfabrik doch soviel, daß sie höhere Löhne zahlen könnte, wenn sie wollte. Es fehlt also bloß am guten Willen, wenn sie bisher 34 Pfg. zahlt; denn wenn sie den noch nicht eingearbeiteten fremden Arbeitern freiwillig 40 Pfg. pro Stunde anbietet, so sollte man meinen, verdienen die alten Arbeiter erst recht 40 Pfennig. Arbeiter, merkt auf und laßt Euch nicht hintergehen!

Im Tivoli-Theater gelangte gestern Abend Suppés Operette „Fatinika“ zur Aufführung. Ueber „Fatinika“ sind die Akten geschlossen; es erübrigt sich daher jedes weitere Wort über diese Operette Suppés. Wenn sie weniger bekannt geblieben ist, dürfte das wohl seinen Grund darin haben, daß sie keine sangbaren Melodien, Walzer u. enthält, wenn man von „Vorwärts mit frischem Muth, Lieb sei mein Banner“ absteht. Im Uebrigen ist die Musik gefällig und ansprechend. Die Aufführung hielt sich auf dem rühmlichst bekannten Niveau. Therese Korza, welche Fatinika-Dimitrowitsch sang und spielte, nahm wieder mit der flegelhaften Meisterschaft den Sturm auf die Zuhörer auf und es dauerte auch nicht lange, bis sie wieder „Favorite“ war. Auch Toni Rudolph (Hydia) war wieder in Gesang und Spiel herzerfrischend. Fritz Berend schuf die Rolle des General Rantschukoff mit jenem Humor, der ergötzt ohne zu verletzen. Es ist ewig schade, daß des Künstlers Kraft sich verpufft in Operetten, diesen Gattungsgenossen; wir möchten ihn in einem guten Lustspiel sehen, dort müßte er unvergleichlich sein. Carl Banf als Julian von Goltz konnte allenfalls genügen. Unser alter Bekannter Hans Melow (Sergeant Sidorewitsch) spielte vortrefflich. Daß Jerry Sikla einen famosen Reformtürken (Szet Pascha) abgab, erachten wir als selbstverständlich. Die Ausstattung der Operette genügt wie immer weitgehendsten Ansprüchen.

In der Volksvorstellung, welche heute Abend im Tivoli stattfindet und um acht Uhr beginnt, wird das gesammelte Operetten- und Schauspielpersonal mitspielen. Außerdem sind im 2. Aufzuge Gesangs-Einlagen vorgesehen,

gesungen von den Damen Rudolph, Kugelberg, Meffert und Herrn du Beer. Die Regie hat, die Vorstellung auf's Beste vorbereitet und ist alles geschehen, um allen Wünschen gerecht zu werden.

Eine neue Zeitrechnung scheint allen Ernstes in absehbarer Zeit bevorzulehen, wenn eine von Amerika ausgehende, von der englischen Presse auf das Wärmste unterstützte Idee auch in den übrigen Staaten Anklang finden sollte. Nach dieser neuesten Zeitrechnung würde das Jahr 13 Monate umfassen, von denen die ersten zwölf je 28 Tage und der dreizehnte in den gewöhnlichen Jahren 28 Tage, im Schaltjahr aber 30 Tage haben würde. Nach den amerikanischen Anhänger dieser Zeitumwandlung besteht der große Vortheil derselben in der regelmäßigen Wiederkehr der Wochentage während des ganzen Jahres. Da jeder Monat sich aus genau vier Wochen zusammensetzt, so würden die Tage der Woche immer genau an demselben Datum wiederkehren. Angenommen, daß der 1. Januar auf einen Montag fiel, so würde der 1., 8., 15., 22. eines jeden Monats das ganze Jahr hindurch auf einen Montag fallen. Schon jetzt veranstalten die amerikanischen Neuerer der Zeitrechner Propagandaveranstaltungen. Sie wollen im Verein mit den englischen Anhängern gelegentlich der nächsten Weltausstellung in Paris einen internationalen Kongreß jene Frage unterbreiten.

Geborgen wurde im Laufe des gestrigen Tages in Travemünde die Leiche des f. B. bei einer Segelpartie mit dem „Hanseat“ verunglückten Kaufmanns Karl W o s s, Sohn des hiesigen Schiffshändlers W o s s, Untertrave. Von den übrigen beiden Leichen ist noch keine Spur aufgefunden.

Schiffskollision. Am Sonnabend Mittag kollidierte auf See, bei starkem Sturm und hohem Seegang die Yacht „Christine“, Kapit. Dittmer mit der Yacht „Helene“, Kapit. Winter. „Helene“ erhielt bei der Kollision so schwere Beschädigungen, daß sie zwecks Reparatur nach ihrem Abgangsort retourneren mußte. „Christine“ dagegen erlitt nur geringen Schaden am Heck und konnte seine Reise unbehindert fortsetzen. Beide Schiffe sollen versichert sein.

Ein Opfer der Sonntagsarbeit. Gestern Morgen fiel beim Entleeren eines Kohlendampfers für die Firma Roschl u. Co. der Kohlenarbeiter Zuck vom Deck in den Schiffsraum. Z. zog sich hierbei außer verschiedenen Hautabwühlungen eine Verletzung des Armes zu.

Erhängt hat sich am Sonnabend Morgen gegen 8 Uhr ein aus Schweden gebürtiger Arbeiter, Namens Johansson, im Marktall Gefängniß. Derselbe war wegen Bettelns in Untersuchungshaft genommen, auch hatte er mit den richterlichen Strafgesetzen schon öfters Bekanntschaft gemacht.

Eigenthumsvergehen. Am Freitag Nachmittag wurden in einem Hause der kl. Petersgrube vom Vorplatz der Etage ein Paar Herrenhalbschuhe mit Gummizügen gestohlen.

Wegen Unterschlagung von Mündelgeldern ist gegen einen hiesigen Malter Untersuchung eingeleitet worden.

Strafkammer II. Sitzung vom 30. Mai. Der Arbeiter E. G. von hier hatte sich wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Geladen waren 3 Zeugen, ein weiterer Zeuge wurde noch im Laufe der Verhandlung hinzugeholt. Es wurde G. zur Last gelegt, eine ärztliche Krankheitsbescheinigung, welche vom 1. bis 21. April lautete, auf den 22. April abgeändert zu haben, wodurch er sich einen rechtswidrigen Vermögensvortheil von 1,75 Mk. zum Nachtheil der freiwilligen Krankenkasse verschaffte. Der Angeklagte bestritt, den Schein gefälscht zu haben, hielt es vielmehr für möglich, daß der Auszahler B. der Thäter sein könne. Begründen wollte er dieses, indem er angab, vom 1. bis 21. April krank gewesen zu sein, was auch das ärztliche Attest nachweist. Ferner seien ihm jedoch nur die Krankengelder, statt vom 1., erst vom 2. April, mithin nach seiner Berechnung um einen Tag zu wenig ausgezahlt worden. Er habe geglaubt, daß dieser Tag, welcher ihm bei der Abfertigung der Krankheitsbescheinigung zu viel gezahlt worden, für den 1. April gelten solle. Als er von dem Kassierer der freiwilligen Kranken- und Sterbekasse aufgefordert worden war, die ihm zu viel gezahlte 1,75 Mk. zurückzuliefern, habe er dieses anstandslos gethan. Dr. B., welcher als Zeuge geladen war, bestätigte, daß G. sich am 1. April Nachmittags 5 Uhr bei ihm krank gemeldet und die Krankheit bis zum 21. April gewährt habe. Die Zahl 22 auf dem Krankenscheine erkannte Dr. B. nicht als seine Handschrift an. Der Kassierer B. gab an, daß er sofort Abends, als er nach Hause gekommen war, die Urkundenfälschung entdeckte und hätte er Tags darauf den Boten hierauf aufmerksam gemacht. Der Bote könne doch unmöglich die Urkundenfälschung begangen haben, da doch dieser weder Vortheil noch Interesse hierbei gehabt hätte. B. führte weiter an, daß seine Tinte blau schreibe und erst am 2. Tage schwarz würde, dagegen sei diese Schrift gleich am selben Abend schon tief schwarz gewesen. Der Bote B. sagte ähnlich aus, wie der Kassierer B., nur wußte er nicht, wie dessen Tinte schreibe. Eine abgelegte Handschrift des B. stimmte nach Ansicht des Gerichts nicht mit der gefälschten Schrift überein. Der Staatsanwalt erachtete den Angeklagten für schuldig und beantragte mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit das geringste Strafmaß, 6 Wochen Gefängniß. Das Gericht erkannte demgemäß. — D. J. H. F., Arbeiter aus Moisling hatte sich wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Er war dieserhalb vom hiesigen Schöffengericht zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt worden. Gegen dieses Urtheil hatte er Berufung eingelegt und fand heute Termin statt. Es wurde F. zur Last gelegt, am Abend des 12. April d. J. in der Wirtshaus B. zu Geinin, wo Tanz war, Streitigkeiten hervorgerufen zu haben. Der Schutzmann Nr. 54, welcher an demselben Abend dort Dienst hatte, entfernte F. auf Eruchen des Wirthes aus dem Lokale und forderte ihn auf, sich nach Hause zu begeben. F. leistete der Aufforderung des Schutzmannes jedoch keine Folge, sondern verfuhr gewaltthätig wieder in den Saal einzudringen. Hierauf wurde er verhaftet. Da er sich jedoch anfänglich zur Wehr setzte, forderte der Schutzmann zwei Zivilpersonen auf, ihm behilflich zu sein, F. nach Lübeck zur Wache zu bringen. Als die beiden Personen eine Strecke von etwa 5 Minuten mitgegangen waren, schickte der Schutzmann, da sich F. ruhig zeigte, die beiden Begleiter wieder zurück. Beide, der Schutzmann und F., gingen nun nach Lübeck. In der Nähe der Fregate drehte sich F. plötzlich um, faßte und würgte den Schutzmann am Hals. Es entspann sich nun ein längerer Kampf zwischen beiden. Der Schutzmann wurde jedoch wieder frei, zog den Säbel und forderte den Urrekranten auf, freiwillig mitzugehen, andernfalls würde er von seiner Waffe Gebrauch machen. F. drang trotz dieser Aufforderung von Neuem auf den Schutzmann, worauf der Schutzmann mit dem Säbel zuschlug und den F. zweimal auf dem Kopfe, außerdem am Ellenbogen, am Ober- und Vorderarm verletzete. Da die Zeugen außer dem Schutzmann nichts Wesentliches befeunden konnten, hielt der Staatsanwalt das Urtheil des Schöffengerichts für angemessen, stellte es jedoch dem Gerichte anheim, eventl. auf eine höhere Strafe zu erkennen. Das Gericht verwarf nach längerer Beratung die Berufung des Angeklagten und ließ das Urtheil des Schöffengerichts, 1 Jahr Gefängnißstrafe, bestehen. — Wegen Körper

Verletzung hatten sich der Schuhmacher J. B. aus Kassenich und der Arbeiter W. S. M. genannt St. aus Gieschendorf, beide jetzt hier wohnhaft, zu verantworten. Beide Angeklagte waren dielethalt vom hiesigen Schöffengerichte zu je 30 Mt. Geldstrafe event. 6 Tagen Gefängnis verurtheilt worden. Gegen dieses Urtheil hatten beide Angeklagte Berufung eingelegt. Es wird ihnen zur Last gelegt, in der Nacht vom 8. auf den 9. März um 1 Uhr an der Thüre der früher W. Schenke Gastwirtschaft in der Fischergrube gewesen zu sein und Einlass begehrt zu haben, um ein Glas Bier zu trinken. Der damalige Geschäftsführer des Gasthofes hatte ihnen dieses verweigert, worauf es zur Schlägerei gekommen war. Der Geschäftsführer W. sollte zuerst geschlagen haben. Derselbe ist dielethalt auch in einer früheren Schöffengerichtsverhandlung zu 30 Mt. event. 6 Tagen Gefängnis verurtheilt worden. Da die heutige Beweisaufnahme gleichfalls die Schuld der beiden Angeklagten bewies, so wurde die Berufung dem Antrage des Staatsanwaltes gemäß vom Gerichte verworfen.

Hamburg. Sigmund Weiß, Inhaber der Bankfirma gleichen Namens, hat seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht. Ultimo-Differenzen liegen nicht vor, überhaupt waren die Verhältnisse des Verstorbenen schon seit längerer Zeit solcher Art, daß irgend lebhaftere Geschäftsbeziehungen kaum vorhanden gewesen sein werden. Die tatsächlichen Gründe des Selbstmordes sind zur Zeit noch nicht festgestellt.

Heteren. Zu dem von uns in letzter Nummer erwähnten „Giftmord“ können wir heute melden, daß sich das Gericht von der Vergiftung des Arbeiters A. v. Röhne durch seine Ehefrau glücklicherweise nicht bestätigt hat. Die am Freitag Nachmittag durch den Kreis-Physikus unter Assistenz des Dr. Stamm von hier vorgenommene Sektion der Leiche hat ergeben, daß Vergiftung nicht vorliegt, sondern daß der p. Röhne im Wagen ein Geschwür hatte, welches geplatzt ist und den so plötzlichen Tod herbeiführte.

Neueste Nachrichten.

Hannover. Im Prozeß Schüler wurde Sonnabend um Mitternacht das Urtheil gefällt. Schüler wurde zu einer Zusatzstrafe von acht Monaten Gefängnis, Luß zu 1000 Mark Geldstrafe verurtheilt. Die inkriminirten Seiten der Broschüre sind zu vernichten. Den Beleidigten wurde Publikationsbefugniß des Urtheils zugesprochen.

Halberstadt. Ein Strafverfahren gegen Unbekannt hat der Erste Staatsanwalt vom Landgericht Halberstadt eingeleitet. Dasselbe hat den Zweck, zu ermitteln, wer wohl der „Sonntags-Zeitung“ zu dem Prozeß gegen den Genossen Künne als Redakteur der „Sonntags-Zeitung“ mitgetheilt hat, daß der Staatsanwalt den Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg zur Stellung eines Strafantrages aufgefordert hat. Der Herr

Staatsanwalt scheint zu vermuthen, daß hier ein Beamter das Dienstgeheimniß verletzt hat.

Thorn. Auf dem hiesigen Pionier-Übungsplatze entzündete sich Sonnabend eine Flattermine von selbst. Hauptmann Adams, Lieutenant Wannemann I., Unteroffizier Platen und mehrere Soldaten von der 2. Kompagnie des 2. Pionier-Bataillons wurden schwer, einige andere Soldaten leicht verletzt. Alle Verletzten wurden bei der Explosion in die Luft geschleudert.

Wforzheim. Sonnabend Nachmittag 5 Uhr erhängte der schon seit längerer Zeit steifen Kaufmann Philipp Ruf in Abwesenheit seiner Frau seine drei Kinder im Alter von vier bis neun Jahren und entfernte sich dann. Ruf scheint in Folge Nahrungsforgen geistesgestört geworden zu sein. Vermuthlich hat er Selbstmord begangen.

Moskau. Ein entsetzliches Unglück wird von hier gemeldet: Auf dem Chodynskysfelde bei dem Petrowskypalais waren seit Freitag Abend mehrere Hunderttausende versammelt, um an der Vertheilung der Gedenkrüge und der Speisen, die gestern stattfinden sollte, theilzunehmen. Als die Vertheilung begann, entstand ein fürchterliches Gedränge, 331 Männer, Frauen, Kinder wurden erdrückt, 459 verwundet. Die Schuld an diesem fürchterlichen Ereigniß und die Verantwortung daher tragen die Interessenten an den höflich-militairischen Veranstaltungen in Moskau, welche die Bier der Bettlerhorden, die nach Moskau zusammengeströmt sind, bis zu dem Grade entflammt haben, daß sie durch die Knete nicht mehr im Zaume zu halten waren. Ein Schauspiel, das für die russische Barbarei charakteristischer wäre, als der Anblick jener Hunderttausende, die sich wie wilde Thiere um den Bißten Brod zerrissen, giebt es nicht, wie es keine schwerere Anklage gegen den russischen Despotismus giebt, als das Blut jener Hunderte von jämmerlich Zerquetschten! Der Kaiser läßt, so meldet der offiziöse Telegraph mit beidientenhafter Eilfertigkeit, 1000 Rubel an jede verwaiste Familie zahlen und die Begräbniskosten auf seine Rechnung übernehmen. So stellen sich die Kosten für die Krönung um, wenn es hoch kommt, eine Million höher. Und damit ist die Sache erledigt, denn für Dienstag haben, wie weiter telegraphirt wird, die allerhöchsten und höchsten Herrschaften schon wieder eine Einladung zum österrreichischen Boischafter, die anzunehmen sie freundlichst zugesagt haben. Eine spätere Meldung läßt das graufige Ereigniß erst in vollem Umfange erkennen. Das Telegramm lautet:
Moskau, 30. Mai (10 Uhr Abends). Wie nunmehr amtlich festgestellt ist, beträgt die Zahl der bei der gemeldeten Katastrophe Getödteten oder ihren Verletzungen

erlegenen Personen 1138. (Eintaufendeinhundertdreißig!)

Grundstücksverkauf. Durch Vermittelung des Johs. Fischborn wurde das Grundstück Waf Nr. 106 von Herrn Johs. Kosehr an Frau Warnecke in Hannover verkauft.

Briefkasten.

Ein Abonnent. Ist Laudesgesetz, daher uns nicht wüßten sich deshalb schon einmal an das „Hambur wendten.

Sternschanz-Viehmarkt.

Der Schweinehandel verlief gut. Angeführt wurden 540 Stück, davon vom Norden vom Süden — Stück. Preise: Verlaubbichweine schwere 3 leichte 42—43 Mt., Sauen 32—36 Mt. und Ferkel 4 pr. 100 Pf.

Angestammte und abgegangene Schiffe in Trav.

Angestommen:
Sonntag den 31. Mai.
4,15 B. D. Halland, Petersson, von Kopenhagen in 18
5,20 B. Anjo, Grönros, von Mauno in 17 T.
6,15 B. De acht Södskaude, Trifsen, von Rudsjöbin
6,40 B. D. Nyden, Lund, von Malmb in 16 St.
4,05 N. D. Lübeck, Paulson, von Eberhamm in 84 S
6,50 N. Frederike Elise, Borst, von Rudsjöbin in 1
7,— N. Analle, Jelderson, von Wabemarsvik in 9 T
7,15 N. Anna, Dalsjö, von Eberhamm in 17 T.
7,30 N. Fröjda, Jandin, von Tatalholm in 9 T.
Montag den 1. Juni.
4,15 B. D. Majaden, Husten, von Kopenhagen in 12 S
5,10 B. D. Orpheus, Weise, von Königsberg in 41 S
8,50 B. D. Swabia, Wendisch, von Stettin in 24 St.
9,15 B. D. Fris, Wallenich, von Uleaborg in 4 T.
Abgegangen.

Sonntag den 31. Mai.
5,30 B. Aurora, Schlycke, nach Neustadt.
5,30 B. Luise Julie, Adam, nach Fehmarn.
5,45 B. Marie Analle, Engel, nach Wismar.
6,— B. Emmeline, Hagelborn, nach Fehmarn.
10,30 B. D. Dora, Brenner, nach Danzig.
10,40 B. D. Der Preusse, Bethmann, nach Königsberg.
11,— B. D. Kant, Wulf, nach Königsberg.
11,45 B. D. Nyden, Lund, nach Malmb.
7,15 N. D. Dillberg, Bergh, nach Kopenhagen.
Wind und Wasserstand in Trav.münde 8 Uhr. B
still.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Africa ist am 30. Mai von Kofka auf hier abgegangen.
D. Wiborg ist am 30. Mai von Kofka auf hier abgegangen.
D. Alice Krohn ist am 28. Mai in Trangsund angekommen.
D. Castor ist am 29. Mai nach Narva abgegangen.
D. Elbe ist am 30. Mai von Rotterdam auf hier angekommen.
D. Alpha ist am 29. Mai von Carlshamn nach Ste
gegangen.
D. Dinna ist am 30. Mai von Reval auf hier abgegangen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksboten“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Unserm Freunde J. Spethmann in der „W.“ zu seinem heutigen Geburtstage ein dreimal donnerndes Hoch.
Die drei „Mauerbrüder“.

Ein Logis zu vermieten. Ernestinenstr. 15, St. Lorenz.

Ein Zimmer mit oder ohne Mobilien zu vermieten. Näheres in der Exped. dieses Blattes.

1 Zimmer mit Morgens und Abends Kaffee. Miete 2 Mt. Reiferstraße 17 a.

1 möblirtes Zimmer zu vermieten. Weiter Krambuden 3.

Zu vermieten eine Wohnung, enthaltend 2 Zimmer, Küche, Keller und Bodenstube. Miete 170 Mt. Schützenstr. 49 b.

Zu vermieten zum 1. Juli eine kleine Wohnung. Miete 125 Mt. Kleine Burgstraße 21.

Zu sofort verlangt 1 Bürsche zu Hülfeleistungen in der Bäckerei, sowie einen nächsten Kuhhirten bei 15 Kühen. Herrenburg bei Lübeck. Richter.

2 neue Kleiderschränke billig zu verkaufen. Weberstraße 25.

Ludwig Prösch, Buchbinder, Hütr. 63 empfiehlt sich zu allen in seinem Fach vorkommenden Arbeiten.

Große Barthie Ferkel zu verkaufen. Vorbeckstraße 24.

Weiße Seife Pfund 23 Pf., 10 Pfund 2,15 Mt.

Ol-Seife Pfund 18 Pf.

Toilette-Seife 3 Stück 18 Pf., 6 Stück 35 Pf.

Ferd. Schreiber. 12 obere Johannisstr. 12.

Den so sehr beliebt gewordenen

Kautaback

aus der Fabrik von G. Thörenberg, hier, Alffstraße, empfiehlt bestens

Reinh. Büsen, Arnimstraße.

Hausfrauen

gebraucht

G. Schenk's Fettlaugenmehl,

ein vorzügl. Wasch- und Reinigungsmittel

(in gelben 1/2 Pfund-Packeten)

das die Wäsche blendend weiß macht und ihr einen angenehmen und frischen Geruch giebt.

Zu haben in den meisten Droger- und Colonialwaaren-Handlungen.

Vertreter für Lübeck u. Umgegend: J. Klüssmann, Lübeck

Im Verlage der Leipziger Volkszeitung (G. Heimisch) ist soeben erschienen und durch die Expedition des „Lübecker Volksboten“ zu beziehen:

Die neue Tarifgemeinschaft der Buchdrucker,

ein nationalliberal-gouvernementales Kundesei für die Arbeiterbewegung.

Ein Betreiben, hinauslaufend

auf die Unterbindung des Koalitionsrechtes.

Von **

Preis 10 Pfg.

Dieses Schriftchen ist wie kein anderes geeignet, Klarheit zu verbreiten über die arbeitserfeindlichen Pläne des Unternehmthums, das unter dem Deckmantel des „guten Einvernehmens“ die Arbeiter um ihr Koalitionsrecht bringen will. Für jeden Buchdrucker, aber auch für jeden Politiker, der der Sozialpolitik sein Augenmerk zuwendet, dürfte die Broschüre von großem Interesse sein.

Ein gut erhaltener Kinderschwagen zu verkaufen. Deponau 29, 1. Etg.

Billigsten Sohlen-Ausschnitt

und Schuhmacher-Artikel aller Art empfiehlt Friedr. Dührkop, Fischstraße 18.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:

Die Zukunft

der deutschen Gewerkschaften

und ihre nächste Aufgabe.

Mit einem Anhang:

Die Thätigkeit der Vertrauensleute in der Organisation.

Von Friedr. Hoffmann. Preis 15 Pfg.

Wagenbeschwerden.

Meinen daran leidenden Mitmenschen gebe ich gern unentgeltlich Rath und Auskunft, wie ich davon befreit und gesund geworden bin.

F. Koch, Königl. pens. Förster.

Bismarckstr., Post Nieheim (Westfalen).

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:

Agnes Wabnitz.

Eine Frauenstimme aus der Bourgeoisie

mit Portrait und Facsimile

von

B. Glogau.

Preis 25 Pfg. Preis 25 Pfg.

Täglich frische Milch und Butter. Fürns, Schützenstr.

Hôtel „Stadt K“

Montag den 1. Juni 189

(Stadelsdorfer Markt)

Gr. Tanzm

Hierzu ladet freundlichst ein

F. Hutzfeld, Stodt

Nachtung Zimmer

Nächste

Verbands-Versamm

am Dienstag, den 2. Juni

im Verbandslokal.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Schwärz. 2. Besprechung der Beitrittstreitfonds. 3. Fragekasten und Bericht.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringt notwendig.

Der Vors

Gesang-Ver

„Eintrach

Sonntag den 14. Juni

Ausflug nach Habel

Tour um den See.

Abends Tanz in Müllers

Abfahrt 10⁴⁷ Uhr. Rückfahrt 10

Fremde 1 Mt. 2 Kinder 1 Mt.

Fremdenkarten sind zu haben bei C

foht, Hütrstraße 18, Jagitka, C

straße 14, C. Soltmann, Eg. Lot

H. Bruhse, Hundestraße 20.

Mitgliedskarten beim Voten H. S

Faltenstraße 34. Fahrkarten müssen

werden im Lokal.

Das Fest-Com

Tivoli-Thea

Dienstag den 2. Juni 189

Anfang 7 Uhr. Anfang

Zum 2. Mal:

Fernands Ehecont

Schwank in 3 Akten von Georges F

Deutsch von Benno Jacobson.

Vorher:

Carla's Onke

Burleske in 1 Aufzug von Telestor S

Der Sozialismus.

„Ein großer Gedanke voll Schöpferkraft
Wird Sonnenhaft
Steigt in leuchtender Pracht
Aus dem Schooße der Nacht,
In dem feurigen Lauf
Alles entzündend
Und der Welt einen neuen Tag verkündend,
Mit reifen Saaten
Und mächtigen Thaten
Hoher Entfaltung
Und froher Erfüllung.“

(Mirza Schaffys Nachlaß.)

Worauf könnten diese Worte besser passen, als auf
den großen Gedanken des Sozialismus, dessen
leuchtende Schöpferkraft das gesamte Volk der Kultur
mit seinem belebenden Glanze überstrahlt, die tiefen
Wunden und Triebe des Lebens weckt, die Kräfte der
Menschheit mit der lang ersehnten Verwirklichung
beglückt.

Ein großer Gedanke! Wie der große Richter Richter
von seinem Führer durch alle Kammern und Stufen des
Inferno (Hölle), wird der forschende Geist von ihm
geleitet durch das labyrinthische Gewirre des Hypnotischen
Kommerzielles, um seine Mächte zu erschließen und die
Mächte zu enthüllen, die in geheimnißvoll in Dunkel
liegen, gären, brauen und weben. Hinglich zum Offizier
er den lichten Pfad aus der düsteren Nacht zum rothen
Morgen, aus der Hölle zum Paradies aus Noth, Sorge,
Tausend, Knechtschaft, Hoff und Kampf und Krieg in der
Land des Glückes, des Friedens, der Freiheit und
Menschenverbrüderung.

„Woher kommt es, daß wir ungleich den Vätern des
Alterthums uns der Meinung unterworfen haben, daß
das menschliche Dasein zur Knechtschaft bestimmt, daß die
Freude nur die vergängliche Blüthe, nicht die dauernde
Wurzel des Lebens sei, daß wir nur genügen, um zur
Entbehrung neue Kräfte zu sammeln? Woher steht all
der Jammer, der in die Ewigkeit sich hin ausspannen soll?“
fragt ein liberaler Philosoph. Der wissenschaftliche
Sozialismus giebt die Antwort auf die Frage; aber er
weist auch, daß auf den langen Winter der vergangenen
Geschichte der Frühling einer rothigen Zukunft folgt, dessen
Knochen schon sichtbar, dessen Verwehnen schon
schmetternd vernommen wird, dessen Harde mit jedem
Tage sich mehren, und daß auch die heftigen sozialen
Stürme der Zeit nur Frühlingsstürme bedeuten. „Der
Frühling kommt mit Brausen!“

„Sommerhaft!“ sagt der Dichter. Und der neueste
Philosoph, Fr. Nietzsche, schreibt: „Unsere gesellschaftliche
Ordnung wird langsam wegschmelzen, wie es alle
früheren Ordnungen gethan haben, sobald die Sonnen
neuer Meinungen mit neuer Gluth über die Menschen
hinleuchtet.“

Die Sonne der sozialistischen Idee leuchtet längst über
den Menschen. Aber, auch hierin der Sonne gleich,
werden von neuen Anschauungen zuerst die Bergespitzen
bestrahlt, während da unten im Thale noch die Schatten
der Nacht lagern.

Aber wir hören, wir aus dem gegnerischen Lager ein
unmühsames Köchern: Die auf dem Bergespitzen, das sind
je wir, die von Bildung und Besitz! — Gleich als ob
nicht die wasserwühligen Gedanken fast immer zuerst
von den unteren Klassen verstanden, gewürdigt, gehegt
und gepflegt und in's Herz geschlossen, ausgebreitet und
nach langen schweren Kämpfen verwirklicht worden wären.
Und weckhaft denn von den unteren Klassen zuerst?
Aber denn: Die herrschenden Klassen haben kein Interesse
an der gesellschaftlichen Fortentwicklung zu höheren Formen
und verschließen den neuen Gedanken darum das Ver-
ständniß. Ihre soziale Glück ist ihr geistiges Weh, ist
das Weh vor ihrer Stirne, das ihnen das Verständniß,
die Würdigung neuer Anschauungen und Strebungen
verwehrt. Das Interesse an der Gesellschafts-erneuerung
aber ist der Münchener Trichter, der den Enterten, Aus-
gebeuteten, Unterdrückten den Sinn für das bessere er-
öffnet. „Es mag der Zeit ist es, die auch dem Denk-
weisen „ein Doppelt“, wenn sie ihn auf die Riegel
bringt und ihn an den Hals klebt. Der Wille in den
Doppelt hat die besten Dinge in weiter Ferne, die dem
Zustand entgegen, weil jenem das Bedürfnis den Blick
auf die Zukunft hat, was von den Weltstrebenden über-
sehen wird.“ Nur das Proletariat, das
nach der Trennung auf die neue soziale Epoche hinge-
wacht und sich vererbt, sich liebevoll und vorrathlos in
der sozialistische Auffassung der Dinge, begreift ihre Bor-
züge und erkennt die laubkräftigen Einwände als das,
was sie sind, als wackrige Sandlöcher, die den hoch-
schwebenden Phantasien, den akademisch gebildeten Staats-
beamten und wissenschaftlichen Politikern wie riesige Berge
entgegen, gleich von mit dem sogenannten „Mogel“ be-
stehen Wühl-avandieren.

Schubens geist und überlegen kommen sich die
Philosophen und des Sozialismus vor, wenn sie auf den
des Reichthums, der tausend jährige Reich der Bibel, das
Schlaftentum und dergleichen Phantasien hinweisen.
Jemand hat solche sogar in einem Buch „Schlaraffica
Politica“, genommen, um der Sozialismus damit geistig
entgegenzusetzen. Aber es steht: weit jene Dinge Traum-
bilder waren, also muß auch der Sozialismus Einbildung
sein. Aber der Schluss ist ein Trugschluss: umgekehrt be-
rechtigt viel eher der Umstand, daß die Gegenwart eine
wenige Dinge bewirkt hat, welche frühere Zeiten (im
jetztigen Range der Menschheit, die Grenzen ihres
Könnens zu erweitern) phantastischen, zu der Erwartung,
daß, was die Menschen einst erträumten, nunmehr, nach-
dem die ökonomischen Bedingungen und Grundlagen dafür
vorhanden sind, sich auch verwirklichen werde. „Das alte
Märchen der drei Brüder realisiert sich“, lesen wir in
H. Heines „Lügen Gedanken“: „Der eine läuft hundert
Meilen in einigen Stunden, der andere sieht hundert
Meilen weit, der dritte schießt so weit, der vierte klärt
Almeen fort: Eisenbahn, Fernrohr, Kanonen, Pulver oder
Pfeife.“ Wie sehr fast alle neuen Gedanken in ihren
Anfängen verspottet, bekämpft, als unmöglich hingestellt
wurden, haben wir schon manchmal an vielen Beispielen
gesehen, und in jüngster Zeit haben wir von einer Seite
Ankündigung erhalten, von der man es am wenigsten
erwartet. In sein Nachlaß, siehe vom 20. Januar über

die Entwicklung des Post- und Telegraphenwesens in
Deutschland führt der Staatssekretär v. Stephan u. a.
folgendes aus:

„Ich habe hier den Bericht der Oberpostdirektion
Minden, wonach vor einigen Jahren bei der Herstellung
einer Post- und Telegraphenanstalt in einem Dorfe der
Gemeindeausschuß die Genehmigung, die Telegraphen-
leine durch das Dorf zu ziehen, einfach verweigert hatte, und
zwar mit der Begründung, daß das Zugvieh vor den
aufgestellten Stangen scheuen könnte. Wir ersuchten den
Landrath, hier die Vermittelung zu übernehmen. Das
gelang aber nicht, und erst der Oberpräsident räumte das
Hinderniß aus dem Wege. Seitdem besteht die Post-
anstalt dort, und der Telegraph geht durch das Dorf,
ohne daß sich Pferde und Ochsen darum kümmern. . . .
Jetzt nötigt mir das ein Lächeln ab, aber ich habe
ähnliches noch vor 15 Jahren erlebt bei der Einrichtung
der Fernsprechkabeln in unseren großen Städten. Das
stieß auf großes Mißtrauen, es wurde als amerikanischer
Humbug, als ein Schwindel und dergleichen bezeichnet.
Dann wurde der Einwand der Blitzgefahr für die Häuser
erhoben, und wir haben große Schwierigkeiten gehabt,
den Klaffenden Eingang zu verschaffen, daß die Telephon-
kabel und Gestänge den Blitz ablenken und eine bessere
Isolation als die Blitzableiter bieten.“

Die Richter, Bachem und die übrigen Todschläger
des Sozialismus in Broschüren und Zukunftsstaats-
debatten stehen mit ihren Vorbringungen ganz auf dem
geistigen Boden des obersten Gemeinderaths im Bezirk
der Oberpostdirektion und tutti quanti.

Aber wenn die führenden Geister der herrschenden
Klasse sich auch noch vom Sozialismus abwenden, es
klingt doch auch bei manchen ihrer besseren Geister zu
dämmern an. Der Erfolg ist ein mächtiger Agitator,
und was die Logik bei jenen nicht vermag, das bringt
neben der wirtschaftlichen Entwicklung, das Wachstum
der Sozialdemokratie zu Stande. Wir stehen sogar nicht
an zu behaupten: wenn die sozialdemokratische Bewegung
von oben herab nicht mehr verfehmt würde, und es keine
Gefahr mehr hätte, sich zur Sozialdemokratie zu be-
kennen, so würden ganze Scharen unserer jetzigen
Gegner, Bekämpfer, Widerleger, Verfolger, zum rothen
Banner stoßen. Es giebt mehr heimliche Anhänger der
Sozialdemokratie zwischen Berlin und Friedrichshafen,
als sich die Weisheit der Minister träumt.

„Der eine, alles verdrängende Inhalt der Zeit, auch
des abgelaufenen Jahres“, schrieb der bekannte Max
Nordau in seiner Monatsbetrachtung kürzlich, „bleibt
immer noch die sozialistische Bewegung. Ich bekenne mich
nicht, meine unerschütterliche Meinung auszusprechen,
daß die Zukunft in der Geschichte unserer Tage einzig bei
den Erscheinungen des Sozialismus, seiner Ausbreitung,
dem Kampfe der Geister und Gewalten für und gegen
ihn verweilen wird. In den Versammlungen des Pro-
letariats, in den Parteiblättern der Sozialisten, im „Um-
sturz“-Schriftthum der Arbeiterführer wird das kommende
Jahrtausend geboren.“

Ich habe für den Abgeordneten Eugen Richter und
für den Nationalökonom Prof. Wolf sehr viel Schätzung.
Aber wenn ich sehe, wie jener durch seine bekannten

Der Doppelgänger.

Roman von Carl Grelck.

(29. Fortsetzung.)

(Nachdem verboten.)

„Guten Morgen, Herr Werner!“ empfing ihn Elias
Allenstein bei seinem Eintritt in den Speisesaal. Werner
gab den Gruß zurück. Beide Herren hatten sich heute
noch nicht gesehen, da Werner die Briefe auf seinem
Zimmer geschrieben hatte und dann direkt nach dem Bahn-
hofe gegangen war.

„Ich glaubte“, sagte der Hotelier, „als ich Sie vor-
her das Haus verlassen sah, daß Sie sich nach der Fabrik
hinaus begeben würden, um heute Urbans Einladung
Folge zu leisten, aber Sie schlugen den entgegengesetzten
Weg über den Markt ein; ich stand am Fenster und be-
merkte Ihr Fortgehen!“

„Ich war auf dem Bahnhofe“, erwiderte Werner,
„um dort Briefe aufzugeben, da ich nach Hause ge-
schrieben habe, daß ich heute noch nicht heimkommen
würde!“

„Es freut mich, daß Sie diesen Entschluß gefaßt
haben, denn ich darf demzufolge wohl hoffen, daß wir
unsern Kauf, respektive Verkauf recht bald zu Stande
bringen werden!“

Werner wollte eben darüber seine Meinung sagen, als
die Thür aufging, und er zu seinem großen Erstaunen die
alte Dame eintreten sah, welche er vor einer halben
Stunde auf dem Bahnhofe bemerkt hatte.

Die Dame trat mit großem Ungestüm ein, das un-
sowohl auffallen mußte, da es mit ihrem Alter — sie
schien eine Sechzigerin zu sein — scharf kontrastirte. Sie
grüßte nicht, nahm auch von dem anwesenden Werner
und noch einigen anderen im Saale befindlichen Fremden
gar keine Notiz.

„Lieber Herr Alleinstein“, sagte die alte Dame zu dem

Hotelier, „ich komme in meiner Unruhe und Herzensangst
zu Ihnen!“

„Was ist geschehen, Frau Berthold, das Sie beun-
ruhigt?“

Sowie Alleinstein den Namen Berthold aussprach,
wurde Werner noch aufmerksamer und trat ein bißchen
näher.

„Mein Sohn wollte gestern Abend nach L. hinüber
reisen!“

„Ich weiß es“, erwiderte Alleinstein, „er hatte mich
gestern Nachmittag davon benachrichtigt.“

„Nay“ — das war der Vorname Bertholds — „ist
schon vor neun Uhr von Hause fortgegangen, da er,
wie er mir sagte, vor seiner Abreise noch einen Geschäfts-
besuch zu machen hätte. Nun kam vor einer Stunde diese
Depeche an ihn aus L. an.“ Sie hatte aus einer klei-
nen ledernen Handtasche, die sie am Arme trug, ein
Papier hervorgezogen, entfaltet es mit zitternden Händen
und reichte es Alleinstein hin.

Dieser las das Telegramm laut vor:

„Wir haben Sie gestern Nacht, auch heute früh ver-
gebens erwartet. Die Differenz muß heute beglichen
werden, sonst Klageeinreichung. Bitten um Drahtant-
wort, warum nicht gekommen? Selbst Brief mit der
Morgenpost ausgeblieben.“

Wortmann und Schubert.“

„Seltsam“, sagte Alleinstein, nachdem er gelesen.
„Und Sie haben Ihren Herrn Sohn seit gestern Abend
um neun Uhr nicht gesehen?“

„Mein Gott, nein“, antwortete sie schnell; „ich bin
daher über diese Depeche auch so sehr beunruhigt! Die
Depeche ist heute früh um halb neun in L. aufgegeben
worden; wenn mein Sohn dort nicht war, wo ist er dann
geblieben? Mein erster Gedanke war, daß der Nachtzug
verunglückt sein könne. Ich nahm gleich eine Drosche
und fuhr zum Bahnhof hinaus, hörte aber dort, daß die

Bahn völlig in Ordnung und nichts Ungewöhnliches
passirt sei. Nun komme ich zu Ihnen, um zu erfahren,
ob Sie irgend etwas Näheres von meinem Sohne wissen,
da er ja bei Ihnen so verkehrt.“

Allenstein konnte der bekümmerten Mutter gar keine
Auskunft geben.

Werner hätte es gekonnt, aber er schwieg. Er war
sehr bleich geworden. Das, was er wußte und nach den
Worten der Frau Berthold noch hinzutombinierte, erschien
ihm derartig ernst und bedenklich, daß er es vor der
schon so sehr beunruhigten Mutter nicht laut werden
lassen mochte. Er wollte es erst Alleinstein allein mit-
theilen.

Frau Berthold entfernte sich unter Thränen, um noch
zu anderen Bekannten zu gehen und bei denen vielleicht
etwas Tröstliches über den augenblicklichen Aufenthalt
ihres Sohnes zu erfahren.

„Herr Alleinstein“, rief Werner, sowie Frau Berthold
den Saal verlassen hatte, „ein Wort unter vier Augen!“

Der Hotelier sah den jungen Mann, der seinen Arm
gefaßt hatte, ganz bestürzt an.

„Was fehlt Ihnen?“

Hinter dem Speisesaal lag auf der Hofseite ein klei-
neres Zimmer, das namentlich Abends für geschlossene
Gesellschaften reservirt war und von verschiedenen Clubs
benutzt wurde. Dasselbe war jetzt leer. Alleinstein führte
Werner dort hinein.

Kaum hatte sich die Thür geschlossen, als Werner
Allensteins beide Hände ergriff.

„Vor der alten Frau“, sagte er hastig, „durfte ich
nicht sprechen, jetzt aber erschiene mir ein fortgesetztes
Schweigen Sünde.“

So erzählte er denn seinem immer gespannter auf-
horchenden Zuhörer alles, was er gestern Abend
beobachtet hatte. Dies, mit der von Werner längst be-
merkten frappanten Ähnlichkeit Urbans mit Semper zu-

„Zerlehen“ den Sozialismus lächerlich zu machen, dieser ihn in einem gelehrten Buche wissenschaftlich zu widerlegen sucht, so kam ich mich eines Lächelns nicht erwehren.

Der Sozialismus bietet den Millionen das neue Ideal, dessen sie bedürfen, und nichts kann sie abhalten, sich ihm inbrünstig zuzuwenden.“

„Jener entblöht“ aus den Lumpen sich rasch, der kluge Dohrnitz, sprang auf die Höhe der Schwel“ und hielt den Bogen mit den Gang mit Geschossen gefüllt.“

Und er hielt furchtbare Abrechnung mit den übermüthigen Freiern, die sein Gut verprahten. So hat auch das Klassenbewußte Proletariat sein Bettlerkleid abgestreift und steht nun wohlgerüstet, kampfgelüftet, kraftstrotzend da und fordert von den Kleppigen und Mächtigen sein Recht, seinen Antheil an der Welt, an der materiellen und geistigen Kultur. Und es kämpft dafür „mit jenem Muth, der früher oder später den Widerstand der dumpfen Welt befreit“, wie es in Goethe's Epilog zu Schillers Glocke heißt. Es kämpft trotz aller Anfeindungen und Verfolgungen für das erhabene, weltberührende Ideal des Sozialismus, befeelt

Von jenem Standen, der sich stets erhöht
Galt ihn hervordrängt, bald geduldig schmiegt,
Damit das Gute wirke, wachse, fromme,
Damit der Tag dem Eiden eudlich komme.“

Pariales und Partei-Leben.

München. Der Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie findet am 5. und 6. Juli in Nürnberg statt.

Die Arbeiter Deutschlands werden gewarnt, sich von französischen Unternehmern beziehentlich deren Agenten für die Arbeiten der Weltausstellung in Paris anwerben zu lassen. Trotzdem in Paris viele tausende von Arbeitern beschäftigungslos sind, beabsichtigen französische Unternehmer den Import der leider als billiger geltenden deutschen Arbeiter, um die Ausstellungsarbeiten mit noch größerem Profit herstellen und um den Lohn der französischen Arbeiter so tief wie möglich drücken zu können. Sind die deutschen Arbeiter erst in Paris, so hat sie der Unternehmer vollständig in der Hand, und wie es dann mit dem Halten der schönen Versprechungen ansieht, die bei Beginn des Engagements in Deutschland gemacht wurden, das kann sich jeder nicht auf den Kopf gefallene deutsche Arbeiter selbst sagen. Dem französischen Ausbeutertum den Sackel füllen zu helfen, das ist um so weniger Verstand des deutschen Arbeiters, als dasselbe Ausbeutertum zugleich der Vertreter der Revauche-Idee ist, während die französische Arbeiterschaft sich von dem bößwärtigen und nur einer kleinen Minderheit selbstsüchtiger Menschen zu gute kommenden Nationalitätenhader mehr und mehr emanzipiert. Derjenige deutsche Arbeiter, der es dem ungeachtet über sich bringt, sich für die Arbeiten der Pariser Weltausstellung als Lohnbrücker anwerben zu lassen, handelt auch dem eigenen Interesse vollständig entgegen und es geschieht ihm recht, wenn er in Paris sowohl von den Unternehmern wie von den durch ihn geschädigten französischen Arbeitern vollständig en canaille behandelt wird.

VII. internationaler Bergarbeiterkongress. Ueber die drei ersten Tage des Kongresses haben wir bereits ausführlich berichtet. Es bliebe uns nur noch der letzte Tag übrig. Die Verhandlungen von diesem Tage bieten jedoch so wenig Interesse, daß wir davon absehen, die Debatten noch ausführlicher, als es bereits in der Sonnabendnummer (124) unter „Neueste Nachrichten“ geschehen ist, zu geben. Die dem Genossen Lütgenau, der bekanntlich als Dolmetscher auf dem Kongresse thätig war, nahestehende „N. W. Arb.-Ztg.“ läßt sich aus München über den Kongress schreiben: Rascher als es vorausgesehen werden konnte, ist der internationale

jammeregehalten, gab allerdings zu sehr ernstern Besorgnissen Veranlassung.

„Glauben Sie nun an ein Verbrechen?“ fragte Werner, nachdem er auch noch die Ansage des alten Arbeiter mitgetheilt, daß dieser Urban stets ohne grüne Brille gesehen hatte, während letzterer auf der Straße und vor Fremden stets mit den grünen Augengläsern maskiert erschienen war.

„Ja,“ sagte er tiefenst, „ich fange an, daran zu glauben.“ Dann setzte er hinzu: „Jedenfalls ist Berthold zuletzt bei Urban gewesen, und dieser hat darüber wenigstens Auskunft zu geben, nicht uns, sondern der zum Fragen berechtigten Behörde, die dann nach Umständen die Sache fallen zu lassen oder weiter zu verfolgen haben wird. Ich muß eine Anzeige machen, bevor es zu spät, und Bertholds Verschwinden weiter bekannt wird.“

Allenstein führte sogleich seinen Vorschlag aus und begab sich zum Polizeidirektor der Stadt.

Dieser hohe Beamte hörte genau den Bericht des Hotelbesizers an und wünschte danach vor Allem Werner selbst zu sprechen.

Eine Viertelstunde nachher erschien der Polizeidirektor in dem Gasthause, um einen Schoppen zu trinken. Derselbe wurde ihm in der Hinterstube serviert. Dort hatte er Gelegenheit, Werner zu sprechen.

Der Beamte zweifelte, nachdem er von Werner Alles bis auf das kleinste Detail vernommen hatte, keinen Augenblick, daß hier ein Verbrechen begangen worden sei. Er erinnerte sich ferner ganz genau, daß vor zwei Jahren auch hier in den ihm unterstellten Polizeibureau der Steckbrief hinter dem blonden Pseudo-Semper große Aufregung verursacht hatte. Man hatte damals die Fremden

Bergarbeiter-Kongress beendet worden. Ohne die Beratung eines Punktes übers Rnie zu brechen, ohne ein Zeichen der Hast an den Tag zu legen, erledigte er den ganzen Rest der Tagesordnung. Befördert wurde dies einigermassen durch die englische Geschäftsordnung, welche einen Widerspruch gegen Anträge als nicht vorhanden ansieht, wenn er nicht in Form von Gegenanträgen sichtbar vorliegt, und welche in diesem Fall eine weitere Diskussion außer der Begründung durch den Antragsteller und der Bestätigung durch den „Unterstützer“ der Regel nach nicht kennt. . . . Die Verhandlungen des Kongresses haben sich unstreitig durch Ernst, Sachlichkeit, genaue Beschränkung auf die Tagesordnung und durch einen würdigen und herzlichen Ton ausgezeichnet, was denn auch die hiesige bürgerliche Presse zugeben muß. Hr. Picard konnte unter allgemeiner Zustimmung sagen: „Dieser Kongress war ein Paradies unter den Kongressen“. Es gilt nun, zu sorgen, daß die künftigen ihn noch übertreffen.

Aus Nah und Fern.

Gotteslästerung? Seit der Verurteilung eines gewissen Liebegott wegen eines Stiefeldiebstahls hat sich in Magdeburg eine leichtfertige Aeußerung eingebürgert, die unzähligmal ohne jede Ueberlegung, rein als schlechter Witz gebraucht wird. Ein Tischergeselle hatte eines Tages diese Aeußerung gebraucht, er wurde wegen Gotteslästerung bestraft.

Berlin. Ueber den „Niedergang aller Adelsgeschlechter“ jammert das agrarische Bündlerblatt aus Anlaß der zahlreichen Heirathen zwischen adligen Offizieren und Töchtern der hohen Finanz. Der laubfällige Adel sehe solche Heirathen mit Bedauern. — Ja, ja! Das Bedauern dauert nur so lange, bis die Söhne des „landfälligen“ Adels, um sich ihre Landsitze zu erhalten, selbst auf die Jagd nach Goldfischen ausgehen.

Ein neues Preßvergehen hat ein Gensdarm in der Potsdamer Gegend entdeckt. Der Schneidemeister John in Neuenhof hatte ein Strafmandat erhalten, weil er an seinem Hause ein Schild angebracht hatte, das über die Straße hinwegragte. Er erhob dagegen Widerspruch und es wurde festgestellt, daß das Schild an der Giebelfront seines Hauses innerhalb seines Gehöftes angebracht war. Der Gensdarm Weimer, welcher die Anzeige erstattet hatte, wurde nun als Zeuge vernommen. Er erklärte, daß der Amtsvorsteher Müde das Strafmandat falsch erlassen habe, denn nicht deshalb, daß John das Firmenschild über die Straße hinwegragend angebracht, habe er denselben angezeigt, sondern auf Grund der Bestimmung des Gesetzes über die Presse, in welcher von dem öffentlichen Vertheilen oder Ankleben von Schriften die Rede ist, denn das Firmenschild sei auch eine Schrift, die angeklebt sei. Der Vorsitzende des Schöffengerichts Potsdam, Amtsrichter v. Normann, machte dem Zeugen klar, daß er sich in einem gewaltigen Rechtsirrtum befinde. Es sei dies wieder ein Beispiel von der in letzter Zeit von ihm wiederholt gekennzeichneten Selbstüberhebung der Gensdarmen, welche sogar dem Gerichtshof ihre juristische Auffassung beibringen wollen. John wurde natürlich kostenlos freigesprochen.

Ein großes Schadenfeuer hat am Mittwoch in Wiesenfeld bei Koburg 10 Wohnhäuser, 28 Scheunen und die Kirche eingeschert. Aus Koburg war Militär zur Hilfeleistung requirirt worden.

Ein Majestätsbeleidigungs-Prozess fiel in Essen zu Ungunsten des — Denunzianten aus. Derselbe heißt Adam Marrenbach und sah es ungern, daß die Schwester seiner Frau ein intimes Verhältnis mit dem Bierhändler Schulte aus Altendorf pflegte. Letzterer ward von M.

beschuldigt, im vergangenen Herbst gewisse nummehr strimirt gehaltene Aeußerungen gethan zu haben. Gegen 12 Tagen konnten jedoch dieses nicht bestätigt, sod der Staatsanwalt selber Freisprechung, gleichzeitig auch die sofortige Verhaftung Marrenbachs wegen Meißnerverbrechen beantragte. Neben wurde auch sofort freigesprochen.

Frankfurt a. M. „Leider“ freigesprochen. In der „Frankfurter Zeitung“ finden wir folgenden Bericht über eine Schöffengerichtssitzung in Frankfurt a. M. am 27. Mai: Der Vorsitzende des „Arbeitervereins“ Rom. Göller ist angeklagt, die Satzungen und die Mitgliederliste des Vereins der Polizei nicht eingereicht zu haben, obgleich der Verein sozialdemokratische Tendenz verfolgte, mithin als politischer Verein anzusehen sei. Angeklagte bestritt das; der Verein verfolge nur turnerische Zwecke und habe sich als solcher niemals öffentlichen Angelegenheiten befaßt. Die Anklage ist hier aber durch Vernehmung polizeilicher Zeugen und durch Artikel in der „Volksstimme“ des vorigen Jahrgangs bewiesen. Es soll daraus hervorgehen, daß der Verein den Zweck habe, die Sozialdemokraten zum Austritt aus den kriegsähnlichen Turnvereinen zu veranlassen. Der Anwalt, der den Schuldbeweis für erbracht ansieht, verlangt M. 30 Geldstrafe. Der Verteidiger, Dr. Löwenthal, macht, diese Anklage erinnere an die schlimmsten Zeiten der Turnverfolgung nach dem Wiener Kongreß nach, wenn alle Vereinsmitglieder Sozialdemokraten wären, so folge daraus nicht, daß der Verein sich in öffentlichen Angelegenheiten beschäftige. Der Angeklagte spricht sich in gleichem Sinne aus. Das Erkenntniß ist vollständig abgeurtheilt, daß der Verein sozialdemokratische Zwecke verfolge, erachtet aber diese innerliche Ueberzeugung durch die Beweisanfrage im juristischen Sinne nicht für bestätigt. — „Leider“ (wie das Urtheil ein paar Mal betonte), so daß der Angeklagte freigesprochen sei. — Sehr offenerzig, dieses „Leider“ des Gerichtshofes!

Das Recht am eigenen Gesicht. In Stuttgart hat ein Landgerichtsrath Craunüller als Vorsitzender eines Kommisses alter Korpsstudenten in einer Rede das Duell verurtheilt. Die studentische Mensur aber für gerechtfertigt erklärt mit den Worten: „Ueber sein Gesicht mag der junge Mann verfügen, das muß er mit sich allein herumtragen, nicht aber über sein Leben, das gehört nicht ihm allein, sondern zugleich seiner Familie und dem State.“ Was kann's ja gleich sein, was die Blüten der nationalen Jugend mit ihren Gesichtern anfängen, um so lange die Korpsstudenten sich bloß auf die Köpfe hauen, also keine edlen Organe verlieren, mögen sie immerhin „verfügen“. Was würde aber wohl der Herr Landgerichtsrath sagen, wenn zwei Arbeiter, die einander beleidigt und dann mit Messern bearbeitet hätten, vor seinem Richterstuhl erklärten, daß sie über ihre Gesichter selbst verfügen könnten und daß die Messerstecherei das beste Verzugsmittel sei?

Bürger erster Klasse, das ist das Neueste auf dem Gebiete des Standesunterschiedes. Aus München wird darüber geschrieben: In einem hiesigen größeren Restaurant war dieser Tage ein Tisch dadurch reservirt, daß auf demselben ein Plakat angebracht war mit der Aufschrift: „Reservirt für Bürger erster Klasse.“ Man glaubte Anfangs, es handle sich um einen Scherz, aber es war thatsächlich Ernst. Der Wirth wachte auf das Strengste darüber, daß kein „Bürger 2. oder gar 3. Klasse“ sich an den Tisch der Gewappelten setzte.

London hat nach den jetzt veröffentlichten Ergebnissen der letzten Volkszählung 4 411 271 Einwohner, was seit 1891 eine Zunahme von 200 528 darstellt.

in den Hotels der Stadt heimlich scharf beobachtet, geheime Polizisten hatten wochenlang Tag und Nacht auf dem Bahnhofe Station gehabt und auf alle Durchreisende streng vigilirt, aber Niemand hatte sich gezeigt, der nur eine entfernte Ähnlichkeit mit jenem gesuchten blonden Pseudo-Semper gehabt hätte. Aber Niemand hatte auch daran gedacht, diesen in der Allenstein'schen Fabrik zu suchen. Und wenn damals auch vielleicht bemerkt worden wäre, daß das Signalement des steckbrieflich verfolgten Fälschers und muthmaßlichen Mörders auf Urban gepaßt hätte, so würde man eben nur eine zufällige Ähnlichkeit angenommen haben und nimmermehr in dem fleißigen, anscheinend so soliden Geschäftsführer Allensteins einen Mörder vermutet haben. Das lag jetzt aber ganz anders. Nachdem ein geachteter und gut situirter Mann wie der Agent Berthold plötzlich auf räthselhafte Weise verschwunden und durch einen Zufall von einem sichern Zeugen wie Werner zuletzt bei Urban gesehen worden war, glaubte der Polizeidirektor hinreichenden Grund zu haben, letzteren zur Aufklärung der Sache verhaften zu lassen.

„Doch nein,“ sagte er, wie zu sich selber sprechend, „bei einer Verhaftung würde ein gewiegter Verbrecher Alles aufbieten, den Thatbestand zu verdunkeln! Ich habe eine andere Aussicht, wie wir möglicherweise gleich mit einem Schläge Genauerer erfahren und klar über ihn sehen können!“

Er begab sich von dem Hotel zuerst zur Mutter des Agenten Berthold.

Die alte Dame war inzwischen in der Sorge um ihren Sohn ernstlich erkrankt.

In der Mittagsstunde wurde von der Polizeibehörde

bei der Firma Wortmann u. Schubert in L. noch einmal telegraphisch Erkundigung eingezogen.

Nach einer halben Stunde kam die Drahtantwort zurück, daß Berthold nicht in L. angekommen sei. Er blieb also verschwunden.

Auf Veranlassung des Polizeidirektor mußte der Hotelbesitzer Allenstein an Urban einen Brief schreiben.

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, F. H. W. Dieß Verlag) ist soeben das 35. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Drei Prozesse. — Staatsrecht und politische Massenstrafe. Von Parvus. 3. Der Polizeifrieg gegen die Sozialdemokratie. 4. Konstitutionalismus oder Absolutismus? — Soll man Sozialdemokratie zur aktiven Revolution, zu Straßenkämpfen zwingen? Von A. Bebel. — Die Gemeinderathswahlen in Frankreich. Von Ch. Bonniere. — Briefe aus England. — Notizen: Die Arbeiterbewegung in Argentinien. Von Ad. Lallemand. — Feuilleton: Das Ende vom Liede. Eine Geschichte von Konrad Telmann. (Fortsetzung.)

Fritz Friedmann hat seinen Dichter und Illustrator gefunden! In einem uns vorliegenden Büchlein läßt ein mit Humor begabter Sänger den ehemaligen Berliner Anwalt in einem flotten Anodibet seine Laufbahn zum Besten geben, und F. Maddalena, der bekannte Münchener Meister des Zeichnistiftes hat die einzelnen Phasen dieses bewegten Lebens im Bilde festgehalten. „Fritz Friedmanns Erdemwalken in Bild und Lied“ theilt sich das Opus, das bei G. Frigische, Hamburg (Preis 50 Pf.) erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen ist.

Das obige Büchlein ist übrigens im gleichen Verlage (G. Frigische, Hamburg) erschienen, aus dem vor Kurzem die Brochüre: „Dr. Fritz Friedmann, authentische Enthüllungen eines langjährigen Vertrauten“ hervorging.